

Ingrid Pahlmann

(A) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Sönke Rix [SPD])

Dabei ist die finanzielle Ausstattung durch Bund und Länder die eine Seite der Medaille. Anerkennung, Würdigung jenseits monetärer Zuwendung ist die andere Seite. Daran müssen wir im Interesse aller Freiwilligen und im Interesse der Zivilgesellschaft verstärkt arbeiten; denn ihr Einsatz ist unbezahlbar und wichtig für uns als Gesellschaft.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Pahlmann, das war Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag. Ich wünsche Ihnen sicherlich im Namen des gesamten Hauses viel Erfolg bei Ihrer Arbeit.

(Beifall)

Der Präsidentin sei erlaubt, anzumerken: Wenn Rednerinnen und Redner schon bei der ersten Rede bemerken, dass sie die Redezeit überzogen haben, dann gibt es Hoffnung für die Zukunft.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 17 in der Ausschussfassung. Wer stimmt für den Einzelplan 17? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Einzelplan 17 ist mit den Stimmen der Unionsfraktionen und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

(B)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt II.8 auf:

Einzelplan 10  
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Drucksachen 18/1010, 18/1023

Die Berichterstattung haben die Kollegen Cajus Caesar, Ulrich Freese, Roland Claus und Sven-Christian Kindler inne.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 96 Minuten vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich bitte, die offensichtlich notwendigen Umgruppierungen in den Reihen der Fraktionen, aber auch auf der Regierungsbank jetzt zügig vorzunehmen und die entsprechende Aufmerksamkeit herzustellen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Sabine Leidig für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Sabine Leidig (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht beschäftigen wir uns, wenn wir über Landwirtschaft und Ernährung sprechen, nicht mit dem größten Haushalt; aber wir reden über ein lebensnotwendiges Thema.

(C) Auf unserem Planeten leiden fast 900 Millionen Menschen an Hunger, während zugleich 1,4 Milliarden Menschen krankhaft übergewichtig sind. Im vergangenen Jahr ist weltweit so viel Getreide geerntet worden wie noch nie zuvor: 2,5 Milliarden Tonnen. Aber nur 45 Prozent dieser Ernte – nicht einmal die Hälfte – diente als Lebensmittel. Der Rest wurde zu Tierfutter, zu Sprit und zu Industrierohstoffen verarbeitet.

(Artur Auernhammer [CDU/CSU]: Tierfutter ist auch Lebensmittel!)

Die vorherrschende Agrarpolitik ist eine wichtige Ursache für Klimawandel, Artensterben, Umweltvergiftung, Wasserknappheit, Krankheiten, Kinderarmut und Ungerechtigkeit.

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Immer diese Vorurteile und pauschalen Aussagen!)

Es ist ein krankes System, das dringend verändert werden muss. Die Linke will eine Landwirtschaft, die die Menschen versorgt und nicht die globalen Märkte.

(Beifall der Abg. Karin Binder [DIE LINKE])

Wir wollen soziale und ökologische Weichen stellen, und dafür kann auch in einem Bundeshaushalt etwas getan werden.

(Beifall der Abg. Karin Binder [DIE LINKE])

Wir haben über 20 Vorschläge gemacht, wie der Einzelplan 10 in diese Richtung verändert und verbessert werden könnte. Ich will drei Beispiele herauspicken und hier kurz vorstellen:

(D)

Erstens. Wir wollen, dass Deutschland den Weltagrарbericht unterstützt und international verantwortlich handelt. Was es bedeutet, international verantwortlich zu handeln, wird in ebendiesem Weltagrарbericht skizziert. Über 500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben darin im Jahr 2008 den Stand des Wissens über die globale Landwirtschaft, ihre Geschichte und ihre Zukunft zusammengetragen. Menschen aus ganz unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Denkschulen waren daran beteiligt. Diese Arbeit ist mit dem Weltklimabericht vergleichbar, der inzwischen für die Politik auf dieser Welt prägend ist. Der Bericht ist unbequem und alarmierend. Er warnt davor, einfach so weiterzumachen wie bisher.

Im Weltagrарbericht wird gefordert, den Hunger in den Ländern des Südens nicht mit Exportpolitik oder mit Nahrungsmittellieferungen zu bekämpfen,

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Sondern mehr Spekulation vor Ort!)

sondern die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern vor Ort zu verbessern. Denn *sie* sind das Rückgrat der Welternährung und nicht die großen Betriebe und Agrarkonzerne der Industrieländer, die viel zu viel Öl, Wasser, Boden und Dünger verbrauchen. Es geht nicht allein um die Erträge, die in der Landwirtschaft erzielt werden, sondern gleichrangig darum, dass die Bäuerinnen und Bauern von ihrer Arbeit leben können. Auch dafür setzt sich die Linke ein.

Sabine Leidig

- (A) Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie den Bericht mit ihrer Unterschrift anerkennt und die Agrar- und Entwicklungspolitik daran ausrichtet. Wir haben beantragt, dass 500 000 Euro zur Verfügung gestellt werden, damit der Weltagrarbericht fortgeschrieben werden kann.

Der zweite Punkt, der uns wichtig ist, betrifft den ökologischen Landbau. Das ist die umwelt- und klimaschonendste Form der Agrarwirtschaft. Wir Linke wollen, dass mehr Bauernhöfe auf Bio umstellen und dass mehr Menschen genug Geld im Portemonnaie haben für gute Ökolebensmittel. Die sind zwar nicht unbedingt gesünder, aber sie sind mit weniger Chemie belastet, und vor allem sind sie besser für die Umwelt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Biobauern verschmutzen Erde und Wasser weniger mit Pflanzenschutzmitteln und Dünger und sorgen für mehr Artenvielfalt. Weil die meisten ökologisch wirtschaftenden Agrarbetriebe sehr arbeitsintensiv sind, leistet der Ökolandbau außerdem einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigung in den ländlichen Räumen.

Hierfür braucht es nicht nur die Unterstützung beim täglichen Einkauf. Eine politische Aufgabe kann nicht privatisiert werden. Es braucht den Beitrag der Politik, und ein solcher Beitrag kann und muss das Bundesprogramm Ökologischer Landbau leisten.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Bisher werden nur 6,3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Bundesrepublik ökologisch bewirtschaftet. Wir sagen: Da geht wesentlich mehr.

Es hat verschiedene Gründe, dass Agrarbetriebe nicht auf Bio umstellen. Nach wie vor sind Saatgut, Zuchtlinien, Pflanzenschutz usw. nicht genügend erforscht, es herrscht auch ein ruinöser Wettbewerb auf dem Biomarkt, und es fehlt an Beratung und Wissenstransfer.

Mit dem Bundesprogramm Ökologischer Landbau soll nach unserer Meinung vor allem die Forschungskapazitäten ausgebaut und dafür gesorgt werden, dass einheimische ökologische Erzeugnisse besser bekannt gemacht und vermarktet werden. Wir haben beantragt, dass das Bundesprogramm dafür um 8 Millionen Euro aufgestockt wird und dass es gänzlich dem Ökolandbau zugutekommt und nicht – wie es im Namenszusatz dieses Programmes beschrieben ist – auch andere nachhaltige Formen der Landwirtschaft gefördert werden, weil damit dem Ökolandbau etwas entgeht. Diese anderen Formen müssen durch andere Programme finanziert werden.

Sie haben unseren Antrag leider abgelehnt, aber immerhin ist ein Vorschlag der Linksfraktion aufgenommen worden, nämlich einen eigenen Titel für Eiweißfutterpflanzenprojekte einzustellen. 3 Millionen Euro stellen Sie dafür zur Verfügung. Ich sage Ihnen, warum wir das wollen. Das Problem ist, dass Tierhaltungsbetriebe eiweißhaltiges Futtermittel importieren. Zu großen Teilen wird es aus Südamerika importiert, und dort werden

Nutzflächen in Konkurrenz zu den Kleinbauern vor allem von großen Agrarkonzernen bewirtschaftet. Wir brauchen eine eigene Eiweißfuttermittelproduktion. Dafür braucht es Forschung und Unterstützung. Wir müssen perspektivisch aufhören, Lebensmittel zu importieren. Wir müssen die Ernährungssouveränität überall respektieren. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Schließlich möchte ich noch einen letzten Punkt ansprechen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Leidig, das können Sie gerne tun, tun das aber jetzt auf Kosten Ihrer Kollegin.

Sabine Leidig (DIE LINKE):

Gut, dann erwähne ich nur, dass wir die Subventionen für den Agrardiesel schrittweise streichen wollen, dass wir damit jährlich 43 Millionen Euro einsparen könnten

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Ja, Gott sei Dank sind Sie in der Opposition! – Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Immer zulasten der Bauern!)

und dass mit diesem Geld sehr viel sinnvolle sozial-ökologische Projekte gefördert werden könnten anstatt Sprit zu verbrennen.

Besten Dank.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat der Kollege Cajus Caesar das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Cajus Caesar (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zuallererst geht mein Dank an den Minister Christian Schmidt und natürlich auch an die anwesenden Staatssekretäre. Der Minister steht für einen starken ländlichen Raum, er steht für eine multifunktionale Landwirtschaft, und er steht für bäuerliche Betriebe, die sich entwickeln können. Dafür darf ich ihm an dieser Stelle, auch im Namen meiner Fraktion, herzlichen Dank sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Willi Brase [SPD])

Ich darf mich auch beim Team des Ministeriums für die gute Zuarbeit bedanken. Wir haben alle Informationen erhalten. Ich darf mich besonders bei den Mitberichterstatteuren bedanken: bei Ulrich Freese, bei Sven-Christian Kindler und bei Roland Claus, der im Moment nicht hier ist. Herzlichen Dank für die faire Zusammenarbeit.

Die Union steht für eine Landwirtschaft des unternehmerischen Mittelstandes. Wir stehen aber auch für ge-

Cajus Caesar

- (A) sunde Ernährung, und wir stehen für eine Entwicklung des ländlichen Raums. Wir, die Große Koalition, messen dem ländlichen Raum, der 90 Prozent der Fläche Deutschlands ausmacht, große Bedeutung für die Entwicklung unseres Landes bei. Wir sehen darin große Chancen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft, für all diejenigen, die mit ihren Familien im ländlichen Raum ihre Heimat gefunden haben. Deshalb danke ich all denen, die sich im und für den ländlichen Raum engagieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ländlicher Raum bedeutet Arbeit und Einkommen. Wir, die Union, setzen in diesem Bereich Schwerpunkte. Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Der Mensch im Mittelpunkt – das bedeutet auch, Verantwortung für Tier und Umwelt zu übernehmen. Dementsprechend setzt unsere Facharbeitsgruppe mit Franz-Josef Holzenkamp, mit Alois Gerig, mit Marlene Mortler und unserem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dr. Franz Josef Jung Akzente. Deshalb haben wir mit unseren Partnern von der SPD in der Großen Koalition einen Haushalt gestaltet, der sich sehen lassen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Ute Vogt [SPD] – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leider nicht!)

Wir setzen in diesem Haushalt zusätzliche Mittel für die sogenannte Eiweißstrategie ein. Wir sehen darin die große Chance, dass auf Dauer weniger Importe notwendig sind. Wir sehen darin die Chance für Innovationen für unsere Landwirtschaft insgesamt.

(B)

Wir halten die Tierwohlinitiative mit den entsprechenden Modell- und Demonstrationsvorhaben für die richtige Vorgehensweise. Wir haben dafür 3 Millionen Euro im Haushalt verankert. Diese 3 Millionen Euro sind uns, auch wenn das kein riesiger Betrag ist, sehr wichtig. An dieser Stelle darf ich denjenigen aus dem bäuerlichen Metier danken, die diesbezüglich zusammen mit der mittelständischen Wirtschaft etwas voranbringen. Wir sind damit auf dem richtigen Weg. Das ist die Vorgehensweise der Union: Mit den Menschen vor Ort und mit den Beschäftigten wollen wir Akzente setzen. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir setzen auf Forschung und Innovation. Deshalb sind uns unsere Forschungsinstitute sehr wichtig. Wir haben sie personell und finanziell gut ausgestattet; denn Forschung und Innovation bedeuten Zukunft für unsere Landwirtschaft, für unsere Forstwirtschaft, für unsere Fischerei, für all diejenigen, die in diesem Bereich Aktivitäten entfalten.

Wir haben mit diesem Haushalt Akzente gesetzt, insbesondere im Bereich der Forst- und Waldwirtschaft. Nun kann man denken, dass das ein kleiner Randbereich ist. Man sollte aber genau hinschauen: In der Forst- und Holzindustrie gibt es mehr Arbeitsplätze als in der Automobilindustrie. Das sollte man nicht vergessen. Mit einem Umsatz von 170 Milliarden Euro ist das ein riesiger Bereich. Dieser Aufgabe stellen wir uns.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Ute Vogt [SPD])

(C)

Wir haben in dieser Koalition gemeinsam festgelegt, dass uns dieser Bereich wichtig ist. Daher setzen wir 5 Millionen Euro für die internationale nachhaltige Waldbewirtschaftung ein. 20 Prozent des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes werden durch Waldvernichtung erzeugt. Jährlich werden 13 Millionen Hektar Wald vernichtet. Deshalb ist es richtig, dass wir das Holzhandels-Sicherungs-Gesetz auf den Weg gebracht haben; aber es muss auch mit Leben erfüllt werden. Deshalb müssen die finanziellen und personellen Rahmenbedingungen richtig ausgestaltet werden. Das ist der richtige Weg. Im Bereich der nationalen Waldwirtschaft haben wir ebenfalls entsprechende Mittel verankert. Ich glaube, auch diesbezüglich sind wir auf dem richtigen Weg. Wir wollen diesen Weg weitergehen; denn ein umweltfreundlich erzeugter Rohstoff bedeutet Arbeitsplätze, Wertschöpfung und letztendlich auch eine stoffliche Verwertung sowie durch die Kaskadennutzung auch eine energetische Nutzung. Dies ist ein wichtiger Bereich für uns. Deshalb haben wir ihn in diesem Haushalt entsprechend abgebildet.

Wir sind dankbar dafür, dass maßgebliche Verbände unsere Politik unterstützen.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vor allen Dingen der Bauernverband!)

– Wir waren sehr froh, Sven-Christian Kindler, dass wir in diesem Bereich sehr positive Resonanz der Verbände – des WWF, des NABU, der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und des Bundes Deutscher Forstleute –, erhalten haben, um die entsprechenden Antworten geben zu können. Die Menschen vor Ort sind uns also wichtig. Auch die Verbände, welche die Menschen vertreten, sind uns wichtig. Wir als Union sind an der Seite dieser Menschen.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben auch sehr intensiv über den Bereich der nachwachsenden Rohstoffe diskutiert. Dieser Bereich, der insgesamt mit 60 Millionen Euro ausgestattet ist – Alois Gerig lächelt gerade, weil er dort Verantwortung trägt –, ist uns wichtig, weil er auch Zukunftsprojekte auf den Weg bringt. Ich nenne nur die Erforschung neuer Biogaspflanzen und Energiepflanzenfruchtfolgen. Er beinhaltet aber auch Projekte, die dazu führen sollen, dass beispielsweise durch Mikroalgenanbau Kraftstoff erzeugt werden kann. Das sind aktuelle Projekte, die finanziell von uns ausgestattet worden sind, weil sie zukunftsfähig sind. Mit ihnen werden die nachwachsenden Rohstoffe gut erforscht.

In vielen Bereichen reden wir über Vermaisung. Deshalb ist es richtig, dass wir alle Alternativen betrachten. Ganz davon abgesehen gibt es gar keine Vermaisung; denn viele Bereiche haben unter 10 Prozent oder nur 15 Prozent Maisanteil. Das sollte an dieser Stelle fairerweise auch einmal zum Ausdruck gebracht werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Cajus Caesar

- (A) Im Hinblick auf den Stellenplan haben wir sehr wohl in Betracht gezogen, wie die Bürger uns sehen. Die Bürger wollen sehen, was sie kaufen. Sie wollen aber auch sehen, wie es produziert wird. Deshalb setzen wir durch die entsprechenden Forschungsmittel in der Lebensmittelsicherheit auf Rahmenbedingungen für gesunde Ernährung.

Wir sind, glaube ich, auch beim Tierwohl auf dem richtigen Weg. Dort wollen wir entsprechende Maßnahmen sowohl im Forschungsbereich als auch im praktischen Bereich auf den Höfen selbst durchführen. Das soll im Miteinander von bäuerlichen Familienbetrieben bzw. bäuerlichem Mittelstand und dem Bürger geschehen, der die Produkte – so denke ich – ganz gerne als Nahrung zu sich nimmt, um diese Verbindung herzustellen bzw. diesen Kreis zu schließen. Dieses Miteinander soll stattfinden, um gemeinsam erfolgreich zu sein. Es soll nicht gegeneinander gearbeitet werden. Das ist uns wichtig.

Nach dem Hochwasser haben wir – das kann sich sehen lassen – 8 Milliarden Euro für die Flutopferhilfe bereitgestellt. Das haben wir unbürokratisch getan; deshalb sind auch so viele Mittel abgeflossen. Wir wollen aber – deshalb haben wir diesen Akzent gesetzt – nicht nur reparieren, sondern zukünftig in besonderem Maße in diesem Bereich präventiv tätig werden. Darum haben wir als Haushaltsausschuss einen Maßgabebeschluss initiiert. Wir wollen, wenn in wenigen Wochen die Ergebnisse in Bezug auf den Hochwasserrahmenplan vorliegen, diese präventiven Maßnahmen in den dann folgenden Monaten mit Leben erfüllen. Deshalb haben wir mit dem Maßgabebeschluss die Bundesregierung aufgefordert, aktiv zu werden, sobald die Ergebnisse vorliegen und wir die entsprechenden länderübergreifenden Maßnahmen auf den Weg bringen können.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Zuruf von der CDU/CSU)

– Das ist ein wichtiger Bereich. Sehr richtig! – Die Große Koalition setzt mit diesem Haushalt Akzente. Sie handelt im Sinne der Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums sowie einer hochwertigen und gesunden Ernährung. Natürlich handelt sie im Rahmen von Klima- und Umweltschutz, aber auch, um Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu sichern und weitere hinzuzugewinnen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Sven-Christian Kindler spricht nun für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Sven-Christian Kindler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Landwirtschaft in Deutschland heute mit sehr vielfältigen Problemen zu kämpfen. Dabei geht es unter anderem um industrielle Massentierhaltung, Monokulturen, gentechnisch verändertes Saatgut,

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Ganz schlimm! Böse! Böse!) (C)

die Dominanz von Agrarkonzernen gegenüber bäuerlichen Betrieben und das Höfesterben, das wir in Deutschland erleben. Die Frage ist: Was macht die Bundesregierung, was machen eigentlich Sie als Landwirtschaftsminister, Herr Schmidt? Sie machen weiter wie bisher. Das ist „business as usual“. Keine neuen Ideen, keine Antworten auf die großen Probleme in der Landwirtschaft. Ich sage Ihnen: So kann es nicht weitergehen. Wir brauchen in Deutschland endlich eine Agrarwende.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN – Lachen bei der CDU/CSU – Manfred Grund [CDU/CSU]: Großartig wie die Energiewende!)

– Da brauchen Sie bei der Union gar nicht zu lachen.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Wir lachen gar nicht!)

Die großen Probleme zeigen sich auch in diesem Agrarhaushalt, zum Beispiel war die Aufhebung der Zweckbindung der Mittel für das Bundesprogramm Ökologischer Landbau ein riesiger Fehler. Dies hat den Ökolandbau auf Bundesebene enorm geschwächt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU])

Dabei entstehen gerade im Ökolandbau viele nachhaltige Arbeitsplätze. Dort sorgt man für Naturschutz, für Umweltschutz, und es entstehen leckere Produkte. Deswegen fordere ich Sie auf: Hören Sie auf, das Bundesprogramm Ökologischer Landbau zu kastrieren. Es muss endlich gestärkt werden. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Dann lesen Sie doch einmal den Haushalt!)

– Ich bin im Gegensatz zu Ihnen im Haushaltsausschuss und habe den Haushalt auch gelesen.

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Offensichtlich nicht!)

Ich würde Ihnen einen Blick in den Haushalt empfehlen.

Gleichzeitig haben wir immer größere Probleme in der agroindustriellen Landwirtschaft. Diese werden immer offensichtlicher. Das jüngste Beispiel sind die antibiotikaresistenten Krankheitserreger in Wurst und Schinken. Ihren Ursprung haben diese Bakterien auch im massiven, häufig unsachgemäßen Einsatz von Antibiotika in der Massentierhaltung. Die Mastställe sind quasi ein Fitnessstudio für Bakterien. Eine wirksame Reaktion der Bundesregierung bleibt bisher aus. Das ist unverantwortlich gegenüber den Menschen und auch gegenüber den Tieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Marlene Mortler [CDU/CSU]: Das ist jetzt Kindergarten!)

Sven-Christian Kindler

- (A) Für diese immer wiederkehrenden Lebensmittelskandale sind nicht nur einzelne schwarze Schafe verantwortlich. Das sind keine Einzelfälle. Vielmehr handelt es sich um strukturelle Probleme der Agrarpolitik, einer Agrarpolitik, die ihren Fokus eben nicht auf Verbraucherschutz legt, ihren Fokus nicht auf Tierschutz und nicht auf Klimaschutz legt, sondern auf industrielle Massentierhaltung und Großbetriebe. Die Lebensmittelskandale sind nicht ein Fehler im System, sondern das System ist der Fehler.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Marlene Mortler [CDU/CSU]: Jetzt reicht es! Siehe Neuland! – Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Siehe Neuland!)

Die Bundesregierung schützt dieses System auf Teufel komm raus. Der Bundesregierung geht es in der Agrarpolitik leider nicht um gesunde Ernährung, um gesunde Böden und um gesunde Tiere. Ihnen geht es doch primär um die Interessen der Agrarlobby. Bestes Beispiel dafür ist die Gentechnik. Minister Schmidt, Sie haben angekündigt, dass Sie angeblich ein nationales Anbauverbot in Deutschland erreichen wollen. Als das europaweite Verbot von Genmais in Brüssel anstand, hat die Bundeskanzlerin allerdings mit der Enthaltung in Brüssel dafür gesorgt, dass dem Genmais der Weg geebnet wird. Frau Merkel hat damit gegen den Willen der breiten Bevölkerung verstoßen und der Gentechniklobby in Europa Tür und Tor geöffnet. Hier in Deutschland mit dem Verbot Scharade spielen und in Brüssel für die Konzerne den Genmais durchkämpfen – das ist die Methode Merkel. Diese Doppelmoral, diese Doppelzüngigkeit bei der Gentechnik finde ich wirklich unerträglich.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Frau Merkel, Herr Schmidt, Sie sind damit Erfüllungsgehilfen der Gentechniklobby. Sie alle kennen das Papier der Gentechniklobby in Brüssel, die einen konkreten Plan vorgelegt hat, wie man die Gentechnik in Europa gegen den Willen der breiten Bevölkerung wieder hoffähig macht. Nach diesem Plan agiert jetzt die Bundesregierung. Das nationale Anbauverbot war ja eine Idee der Konzerne. Die Konzerne müssen der Opt-out-Lösung zustimmen, damit das Ganze rechtssicher ist. Ich frage mich, wo wir eigentlich sind.

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Das frage ich mich auch bei dieser Rede!)

Herr Schmidt, Sie haben gesagt, Sie seien Koch und nicht Kellner. Dann verhalten Sie sich bitte auch so, und lassen Sie sich von der Lobby nicht Ihre Politik diktieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die großen Agrarkonzerne setzt sich die Bundesregierung leider auch bei den anstehenden Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit den USA, TTIP, und mit Kanada, CETA, ein. Es zeigt sich leider, dass als Erstes der Konzernprofit kommt. Das dahinter ist nachrangig. Diese Abkommen sind ein großer Angriff auf

Verbraucherschutzstandards, auf Tierschutzstandards und auf Lebensmittelstandards. Diese Abkommen sind auch ein Angriff auf Demokratie und Rechtsstaat. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Schauen wir uns einmal die rechtsstaatliche Seite an: Sonderprivilegien bei Gerichten für bestimmte Gruppen, in diesem Fall Konzerne, und eine Justiz, die im Geheimen tagt, die nicht öffentlich tagt. Das ist tiefstes Mittelalter, das ist ideengeschichtlich vor der Aufklärung. Wir sagen ganz klar: Diese Konzernjustiz geht gar nicht. Herr Schmidt, ich fordere Sie auf: Erteilen Sie dieser Konzernjustiz eine klare Absage!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Marlene Mortler [CDU/CSU]: Was er da sagt, glaubt er ja wohl selber nicht!)

Dabei geht es auch anders. Die Agrarpolitik muss sich nicht vor den Karren der Agrarlobby spannen lassen. Das hat Renate Künast bewiesen.

(Dr. Franz Josef Jung [CDU/CSU]: Oh ja, gerade die!)

– Ja, so ist es; Sie wissen das doch genau.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Bei Frau Künast hatten wir Gentechnik! Das ist richtig!)

Renate Künast hat auf Bundesebene den Ökolandbau und die Agrarwende eingeleitet. Schwarz-Gelb und die Große Koalition machten die Rolle rückwärts. Viele grüne Agrarminister zeigen in den Ländern, wie es geht. Ich komme aus Niedersachsen, dem Landwirtschaftsland Nummer eins. Ich kann Ihnen sagen: Wenn man durch das Land fährt, ist spürbar, wie die sanfte Agrarwende der rot-grünen Landesregierung wirkt. Herr Schmidt, ich lade Sie ein: Kommen Sie nach Niedersachsen und schauen Sie sich an, wie man die Abkehr von der Massentierhaltung und der Agroindustrie schaffen kann! Ich bin mir sicher, der niedersächsische Landwirtschaftsminister Christian Meyer erklärt Ihnen gerne, wie man die Agrarwende auch auf Bundesebene einleiten kann. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben Ihnen auch im Hinblick auf den Haushalt gezeigt, wie man die Agrarwende auf Bundesebene vorantreiben kann. Klimaschutzprogramm, Subventionsabbau beim Agrardiesel, Investitionshilfen für bäuerliche Betriebe, Ökolandbauforschung, all das haben wir im Ausschuss beantragt. Sie haben es abgelehnt; das ist klar. Umwelt- und Naturschutz, Tierschutz und Verbraucherschutz spielen für die Große Koalition keine Rolle. Eine echte Agrarwende gibt es eben nur mit den Grünen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Genau hingucken, Herr Kollege!)

- (A) Vizepräsidentin Petra Pau:  
Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Ulrich Freese das Wort.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ulrich Freese (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kindler, in Niedersachsen sind Sie ja erst seit anderthalb Jahren mit uns gemeinsam an der Regierung. Das Land Niedersachsen am heutigen Tage in dieser Art und Weise für seine Agrarpolitik zu loben, obwohl ein nicht unerheblicher Anteil der Erträge der Flächen nicht für den Teller, sondern für den Tank ist, halte ich für unangemessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Noch! – Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So schnell kann auch Rot-Grün nicht alles revolutionieren!)

Es gibt kein anderes Bundesland, in dem ein so großer Anteil in der Energiewirtschaft eingesetzt wird.

Die zweite Bemerkung. Wenn unsere Exporte aus dem Bereich der Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft ein Volumen von 66 Milliarden Euro haben und davon 80 Prozent in die Europäische Union fließen, wo ja hohe Lebensmittelstandards gefordert sind, dann können die Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft in Deutschland nicht schlecht sein. Dann müssen sie beispielhaft sein; denn unsere Produkte werden in allen Ländern nachgefragt.

- (B)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja eine spannende Aussage!)

Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es um den Haushalt 2014 und perspektivisch natürlich auch um den Haushalt 2015. Das, was wir zu entscheiden haben – ich habe das schon in meiner Einbringungsrede gesagt –, stammt aus Zeiten einer CDU/CSU-FDP-Regierung bzw. von einem von der Union geführten Ministerium. Durch konstruktive und gute sachliche und fachliche Arbeit unter Einbeziehung der Fachpolitiker – meiner Ansicht nach ist sie allerdings noch ausbaufähig – ist es gelungen, sozialdemokratische Vorstellungen zum Teil schon in den Haushalt 2014 einzubeziehen.

Cajus Caesar hat auf die Eiweißstrategie hingewiesen. Es ist dem sozialdemokratischen Engagement zu verdanken, dass hierfür perspektivisch ein eigener Haushaltstitel im Ministerium hinterlegt ist. Es wurde klar definiert, dass es um einen Betrag von 3 Millionen Euro geht; auch aus anderen Bereichen des Haushalts sind bestimmte Punkte übernommen worden. Für die Zukunft sind also 3 Millionen Euro, verbunden mit Ausbauzielen, hinterlegt. Die Eiweißpflanzenstrategie ist nämlich strategisch bedeutsam – das haben einige Rednerinnen und Redner hier klar und deutlich zum Ausdruck gebracht –, um die Futtermittelwirtschaft auf eigene und gesunde Beine zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Ein weiterer Punkt ist nicht unwichtig. Als ich auf dem Verbandstag des Landesbauernverbandes Brandenburg war, hat mich ein Begriff in dem, was wir tun, sehr bestärkt, und zwar der Begriff „nasse Enteignung“. Dass wir uns nun auf den Weg machen und durch den Maßgebungsbeschluss einen nationalen Hochwasserschutzplan für die Bundesrepublik Deutschland in den Haushalt 2015 hineinbringen, ist ein deutliches Signal an alle, die von Hochwasser geschädigt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich will sagen, dass mich die Aussage der Ministerin Hendricks in der Bereinigungssitzung sehr erfreut hat, dass das Ministerium Schmidt und das Ministerium Hendricks gemeinsam beim Bundesfinanzminister – für das Haushaltsjahr 2014 beim BMEL angesiedelt – 40 Millionen Euro als ersten Schritt für den nationalen Hochwasserschutzplan angemeldet haben. Wir werden sie dabei unterstützen, dass dies auch 2015 tatsächlich realisiert wird.

Als weiterer Punkt ist für uns Sozialdemokraten von großer Bedeutung, dass wir mit der sozialen Ungerechtigkeit im Bereich der Altersversorgung der Landwirte aufräumen und damit beginnen, vernünftige Regelungen herbeizuführen. Die Hofabgabeklausel muss für das Haushaltsjahr 2015 endlich modifiziert werden.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weg muss die!)

Die Gutachten sind eindeutig und zeigen uns den Weg auf. Wir haben bei der Einbringung des Haushaltes gesagt: 10 Prozent Abschlag, wenn der Hof weitergeführt wird; das wird auch vom Thünen-Institut vorgeschlagen. Das halte ich für eine vernünftige sachliche Regelung, die wir gemeinschaftlich anstreben sollten.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU])

Herr Minister, die sportliche Aufgabe wird nun darin bestehen, bei der Aufstellung und Beratung des Haushaltes für 2015 hierfür auch die notwendigen finanziellen Unterstellungen zu bedenken und klarzustellen, dass wir dieses gemeinsame Ziel in dieser Wahlperiode, am besten zu Beginn des Jahres 2015, endlich angehen werden. – Ich sehe, die rote Lampe leuchtet. Meine Kolleginnen und Kollegen, die aus fachpolitischen Gründen noch sprechen werden, werden an der einen oder anderen Stelle noch vertiefend darauf eingehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

(A) Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorneweg: Herzlichen Dank dem Fachausschuss und dem Haushaltsausschuss, den Berichterstatern, für die auch bei unterschiedlichen Positionen im Ergebnis doch sehr konsensuale Aufstellung des Einzelplans 10: mit 5,3 Milliarden Euro sogar noch etwas on top drauf, zwar nicht sehr viel, aber immerhin, auch in einem Bereich, Kollege Freese, der das Thema Wald und andere Themen betrifft. Herzlichen Dank dafür!

Wir haben damit für 2014 Verlässlichkeit für Bauernfamilien und Verbraucherinnen und Verbraucher geschaffen. Der Haushalt steht für die bäuerlich-nachhaltige Landwirtschaft, für die Sicherung gesunder Lebensmittel, für den Schutz des Waldes durch Nutzung und für attraktive ländliche Räume.

Wir setzen – ich darf den Hinweis gerne aufnehmen – auch in der landwirtschaftlichen Sozialpolitik wichtige Akzente. Die Sozialpolitik ist in der finanziellen Struktur des Etats meines Hauses das Schwergewicht. Dort federn wir durch eine Mittelaufstockung die Folgen des geringeren Bundeszuschusses an den Gesundheitsfonds ab. Das sind allein in diesem Jahr 37 Millionen Euro, mit denen wir unsere Landwirte vor einer einseitigen Belastung schützen, die wir aber – um keinen falschen Eindruck entstehen zu lassen – nicht allein dem Finanzminister anlasten. Wir haben die Mittel auch aus eigenen Reserven mit Zustimmung des BMF aktiviert.

(B) Die soziale Sicherung der Bauernfamilien und eine geregelte Hofnachfolge sind wesentliche Säulen für eine zukunftsfeste Landwirtschaft in Deutschland. Wir haben in der Koalitionsvereinbarung die Neugestaltung der Hofabgabeklausel zugesagt, und wir werden uns auch daran halten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Dabei werden wir sowohl die Interessen der ausscheidenden Generation als auch die Interessen der kommenden Junglandwirte im Auge behalten.

Kollege Freese, gestatten Sie mir, auf einen Punkt hinzuweisen, der mir aufgefallen ist: Bei allem Respekt vor denen, die sich um das Thema kümmern – wir kennen die Arbeitsgruppen –: Das sind keine Organisationen oder Gruppen, die vor extremer Jugendlichkeit sprühen. Das heißt nicht, dass deren Hinweise nicht in Ordnung sind, aber ich finde schon, dass wir auch mit der jungen Generation sprechen müssen, wenn wir über Sozialpolitik reden, und das will ich tun.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will zugleich noch auf einen anderen Punkt hinweisen, der sich auf die Substanz der Höfe und der Vermögen bezieht: In den nächsten Wochen findet in Karlsruhe eine mündliche Verhandlung statt, in der es um die Erbschaftsteuer geht, also ein anderes Thema. Mittelbar kann diese Verhandlung aber durchaus auch Bezüge zur Generationenfolge im landwirtschaftlichen Betrieb haben. Deswegen werden wir die Erfahrungen und Er-

kenntnisse, die sich daraus ergeben, in unsere Beratungen mit aufnehmen. Das lässt sich auch zeitlich gut parallelisieren; denn ich gehe davon aus – das hört man –, dass hierzu möglicherweise noch in diesem Jahr etwas gesagt werden muss. Wir haben aber Argumente dafür, dass die Betriebsvermögen nicht mit weiteren Substanzsteuern belastet werden sollten. Das muss der Ausgangspunkt sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein Thema beim morgen beginnenden Deutschen Bauernntag wird sein, dass wir unseren Landwirten mit dem durch die Energiewende bedingten Flächenverbrauch – wir werden in dieser Woche ja noch über den Kompromiss beraten, der zum EEG gefunden worden ist –

(Nicole Maisch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der interessiert uns sehr!)

und mit den Vorschriften zum Dünge- und Pflanzenschutz nicht den Boden unter den Füßen wegziehen. Der Boden ist Geschäftsgrundlage unserer Bauern, und das muss er auch bleiben.

Einer bäuerlich nachhaltigen Landwirtschaft den Rücken zu stärken, ist auch ein wichtiges Anliegen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie vertrauen auf die Leistungsträger in der Fläche, stellen jedoch zugleich hohe Ansprüche an die Erzeuger von Nahrungsmitteln und Energie, an die Pflege der Kulturlandschaften und vor allem an die Produkte. Das tun sie zu Recht.

(D) Die Gemeinsame Agrarpolitik gibt Antworten auf diese hohen Ansprüche. Sie wurde jahrelang hart verhandelt. Jetzt steht sie sowohl auf europäischer Ebene als auch in Deutschland vor der Umsetzung. Ich bedanke mich auch hier noch einmal dafür, dass das eine oder andere abschließend angepasst worden ist – natürlich im Wege der Kompromissfindung –, sodass wir die Zahlungen zum 1. August 2014 mit einer, wie ich finde, guten Perspektive auf eine neue Basis stellen können, indem 4,5 Prozent der Mittel aus der ersten Säule – den Direktzahlungen – in die zweite Säule umverteilt werden.

Ich meine, dass wir die zweite Säule auch für das eine oder andere im Blick behalten müssen, was wir in der nächsten Zeit und in den nächsten Jahren gestalterisch noch tun können. Die Verbraucher, die Bürgerinnen und Bürger und auch die Landwirte wünschen sich eine Bewirtschaftung der Flächen, die im Einklang mit der Umwelt steht. Dazu gibt es nicht nur das Schlagwort des Greening, sondern auch die Umsetzung des Greening, das den Wechsel der Fruchtfolgen, den wirksamen Schutz von Dauergrünland und ökologische Vorrangflächen vorschreibt – all das, ohne pauschal wertvolle Flächen stillzulegen. Ich denke, wir haben hier einen guten Weg gefunden.

Im Bereich des Tierwohls werden wir – das ist heute angesprochen worden – in absehbarer Zeit von verschiedenen Seiten Unterstützung erhalten. Ich denke, dass sich daran auch der Deutsche Bauernverband mit seiner Initiative und der Handel beteiligen werden. Daneben werden wir auch weitere wichtige Verantwortliche in diese Tierwohlinitiative mit einbeziehen. Von meiner

Bundesminister Christian Schmidt

- (A) Seite aus werde ich dem Koalitionsvertrag natürlich auch Folge leisten, und wir werden seitens meines Hauses weitergehende Initiativen zu diesem Thema ergreifen.

Es geht um Forschungsprojekte. Wie können wir verhindern, dass jedes Jahr 45 Millionen männliche Küken sterben müssen oder dass, wie wir neulich gelernt haben, trächtige Rinder geschlachtet werden? Es geht um Innovation. Wie modernisiert man, und zwar ökonomisch tragbar, einen Stall so, dass das Schwänzebeißen in der Rindermast verhindert wird? Es geht um Demonstrationsvorhaben. Wer taugt als Vorbild, vielleicht für eine ganze Branche? Es geht um Best Practice, also darum, sich vom anderen, egal ob inländisch oder ausländisch, das Gute abzuschauen. Das ist für mich ein ganz wichtiger Weg.

In den nächsten drei Jahren geben wir 30 Millionen Euro für Innovationen im Rahmen einer nachhaltigen Nutztierhaltung aus, 12 Millionen Euro für die Minimierung von Antibiotika in der Lebensmittelkette und 21 Millionen Euro für Modell- und Demonstrationsvorhaben. Noch einmal herzlichen Dank an die Haushälter für die Unterstützung dieser Initiative.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden die Forschung noch weiter ausbauen. Ich habe nicht zum Haushalt 2015 zu reden, aber ich darf meinen Grundoptimismus anmelden, dass gezielte Forschung auch in dieser Zeit einen Platz in unserem Etat finden wird.

(B)

Ich bekenne mich zur Tierhaltung in Deutschland, keine Frage. Sie muss wissenschaftlich das Wohl des einzelnen Tieres im Blick behalten. Es muss aber auch darüber informiert werden, was die Grundlagen und Notwendigkeiten der Nahrungsmittelversorgung sind, die sich daraus ergibt.

Ich will zum Thema TTIP – Herr Kollege Kindler, Sie haben das angesprochen – einen Satz sagen. Ja, ich bin sehr dafür, dass wir nicht nur über Transparenz diskutieren, sondern auch Transparenz haben. Mein tüchtiger Parlamentarischer Staatssekretär Peter Bleser hat mir heute einen guten Vorschlag unterbreitet. Er hat gesagt: Lasst doch einmal Vertreter der amerikanischen FDA, also der Food and Drug Administration, amerikanische und europäische Wissenschaftler – wir werden sie nicht zusammen einsperren – miteinander diskutieren. Wir stellen Fragen, und wir lassen uns auch über unterschiedliche Positionen informieren. Es wird sicherlich viele Punkte geben, wo wir einen völlig anderen Ansatz haben, dem die andere Seite nicht folgen kann.

Mir wäre es schon recht, wenn wir die Diskussion ein klein wenig, lieber Kollege Kindler, über das Plakatieren von Chlorhühnchen hinaus führen würden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Schon auf Plakaten kann man nicht unterscheiden, wo sich das Chlor wirklich befindet. Wir sollten uns schon

- die Mühe machen, dass wir diese Themen intensiv diskutieren. (C)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Minister, würden Sie, kurz bevor die Ihnen von der Fraktion zugedachte Redezeit zu Ende ist, eine Frage des Kollegen Kindler zulassen?

Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Aber sehr gerne.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Bitte schön.

Sven-Christian Kindler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Minister. – Das Wort „Chlorhühnchen“ habe ich in meiner Rede nicht erwähnt.

Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Das ist richtig.

Sven-Christian Kindler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Gut. – Mir ging es neben der Gefahr für Verbraucher und Lebensmittelstandards vor allen Dingen um die Frage von Rechtsstaatlichkeit. Ich kann nicht verstehen, warum es, wie gesagt, notwendig ist, bestimmten Gruppen Sonderprivilegien vor Geheimgerichten einzuräumen, gerade zwischen funktionierenden Rechtsstaaten wie der Europäischen Union und den USA. (D)

Meine Frage in meiner Rede auch an Sie war, ob Sie sich klar gegen „investor to state arbitration“ und Konzernjustiz aussprechen und deutlich sagen: Ein Abkommen mit solchen Regelungen kann es nicht geben.

Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Lieber Kollege, Sie hatten das Ganze in die vordemokratische Zeit verlegt. Meine Antwort ist daher Ja und Nein. Investitionsschutzabkommen waren das klassische Instrument, um beim Handel mit Ländern, die dazu neigten, alle zwei Jahre die Produktionsmittel zu verstaatlichen, sicherzustellen, dass derjenige, der investiert hat, seine Mittel behält. So war das, und so ist es.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich glaube, das ist unbestritten. – Lassen Sie uns den Gedanken weiterentwickeln. Ich weiß, ich bin zu leise und zu zurückhaltend, aber ich denke, und dann muss man manchmal auch zuhören.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Jeder so, wie er es gelernt hat und wie er es kann. In dieser Sache kenne ich mich ziemlich gut aus.

Bundesminister Christian Schmidt

- (A) Ich bin sehr mit Ihnen einer Meinung, lieber Kollege Kindler, dass es nicht sein kann, dass im Rahmen von Abkommen zwischen demokratischen Staaten demokratische Entscheidungen infrage gestellt werden, wenn sie nach internationalen Regeln getroffen wurden. Ich darf darauf hinweisen: Die WTO gibt uns internationale Regeln, und in diesem Rahmen müssen wir uns bewegen. Wenn wir im Rahmen dieser Regeln beispielsweise ein nationales Anbauverbot für gentechnisch veränderte Organismen aussprechen, kann es nicht sein, dass durch Schiedsverfahren, die von amerikanischen oder brasilianischen Anwaltskanzleien oder von wem auch immer angestrengt werden, Entscheidungen gefällt werden, die das aushebeln. Das kann nicht sein. Das wäre in der Tat vordemokratisch.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

Deswegen empfehle ich schon jetzt – das als Hinweis – die sehr gute Ausarbeitung und Positionierung zur Lektüre, die die Europäische Kommission im letzten Jahr zu dieser Frage gemacht hat.

Das kann nicht sein, und das darf nicht sein. Was allerdings schon sein muss, ist, dass in einem Schiedsverfahren Streitigkeiten zwischen Beteiligten gelöst werden können. Denn ein solches Abkommen wird es auf der Welt nicht geben, bei dem es keine unterschiedlichen Auslegungen gibt.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

- (B) Herr Minister, ich habe den Eindruck, dass der Kollege Kindler einsieht, dass er fast Ihrer Meinung ist.

(Heiterkeit)

Wenn Sie jetzt noch einen schönen Schlusssatz formulieren, könnten wir in der weiteren Debatte fortfahren.

(Heiterkeit)

Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Herr Präsident! Ihrer Anregung folgend und auf das Angebot verweisend, dass wir dieses Thema dann nicht nur bei der Bleser'schen Veranstaltung vertiefen, möchte ich betonen, dass wir uns sauber Grundlagen legen, bevor wir allgemein über diese Dinge diskutieren. Denn der Schutz des Waldes durch Nutzung, die Stimme der ländlichen Räume und das Hochwasserthema, das angesprochen worden ist, sind Fragen, mit denen wir uns auch in diesem Haushalt – jedenfalls ansatzweise, was das Hochwasser betrifft – beschäftigen werden.

Ich bedanke mich sehr, dass wir auch im Rumpfhauhaltsjahr 2014 in der Lage sein werden, Akzente zu setzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Karin Binder für die Fraktion Die Linke.

- (Beifall der Abg. Sabine Leidig [DIE LINKE] – Dr. Franz Josef Jung [CDU/CSU]: Einzelbeifall!) (C)

Karin Binder (DIE LINKE):

Herr Präsident! Herr Minister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Diese Woche, noch kurz vor der Sommerpause, wird uns die abschließende Beratung des Bundeshaushalts 2014 aufgetischt. Wir beraten einen Speiseplan, dessen Zutaten schon zur Hälfte aufgegessen sind. Da bleibt natürlich auch im Haushalt des Ministeriums für Landwirtschaft und Ernährung einiges auf der Strecke, vor allem die gesunde Ernährung, der gesundheitliche Verbraucherschutz und letztlich die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Sie selbst, Herr Minister, haben am 8. April in dieses Mikrofon gesprochen – ich zitiere –:

Der gesundheitliche Verbraucherschutz wird im Zuge der weiteren Globalisierung eine immer größere und wichtigere Rolle spielen.

Aber welche Schlüsse ziehen Sie daraus? Ich habe jetzt in Ihrer Rede wirklich nur die Themen Landwirtschaft und TTIP gehört. Ihre Feststellungen vom 8. April schlagen sich leider nicht in den Zahlen und in den Projekten des Haushaltsplans 2014 nieder.

Herr Minister, wo bleibt Ihr Gestaltungswille? Ich frage Sie: Was machen Sie gegen die Schadstoffflut in importierten Kinderspielzeugen? Welche Folgen hat es für die Gesundheit vieler Menschen, wenn die Zutaten für unsere Lebensmittel weltweit zu Dumpinglöhnen angebaut werden, um dann von den Handelskonzernen zu Dumpingpreisen an- und verkauft zu werden? An welcher Stelle im Haushalt haben Sie Mittel für die Überwachung der globalisierten Lebensmittelindustrie eingestellt? Welche Mittel setzen Sie ein, um das sogenannte Freihandelsabkommen zwischen USA und EU und auch das CETA daraufhin zu untersuchen, welche Auswirkungen sie auf unsere Lebensmittel, die Verbraucherrechte und unsere Verbraucherinnen und Verbraucher haben? (D)

Das alles fehlt mir in diesem Haushalt. Diese Bundesregierung setzt sich bislang mit wichtigen Projekten und anstehenden Herausforderungen nicht genügend auseinander – zumindest noch nicht. Deshalb nutze ich jetzt die Gelegenheit, schon einmal einen Blick auf das Haushaltsjahr 2015 zu werfen. Wir werden nämlich bereits im September, also in wenigen Wochen, mit den Haushaltsberatungen beginnen.

Im Bereich „Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz“ haben wir uns mit wirklich wichtigen Projekten und Fragen zu beschäftigen. Ich nenne an erster Stelle gefährliches Kinderspielzeug. Damit die Gesundheit von Kindern nicht weiter durch Spielzeuge, die Krebs erzeugen, Allergien hervorrufen oder Erbgut schädigen können, gefährdet werden kann, muss die Kontrolle der Spielwarenhersteller und der Importeure verbessert werden. Das ist nur dann möglich, wenn Sie die Zuständigkeit dafür auf die Bundesebene verlagern und die amtliche Überwachung auf das BVL übertragen. Denn ich behaupte, dass die internationalen Konzerne

Karin Binder

- (A) nicht von kommunalen Behörden überprüft werden können.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Forschung. Wie wirken sich künstliche Nanostoffe im Essen, in den Lebensmitteln aus, oder was hinterlässt der Einsatz von Nanotechnologie in der Herstellung? Welche Folgen hat eine globalisierte Lebensmittelherstellung für die Lebensmittelsicherheit in der gesamten Produktionskette?

Zur Beantwortung dieser Fragen brauchen wir die Forschung, zum Beispiel beim Max-Rubner-Institut. Sie muss ausgebaut werden.

Auch das Thema Lebensmittelsicherheit ist ein sehr wichtiges Thema. Die amtliche Lebensmittelüberwachung muss auf unzulässige Bestandteile, Schadstoffe, korrekte Kennzeichnung und gefährliche Keime kontrollieren. Das alles ist bei einer globalisierten Lebensmittelindustrie heute nicht mehr über kommunale Behörden möglich. Deshalb ist eine Koordinierung auf Bundesebene nötig.

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Sagen Sie das den Bundesländern!)

Dafür brauchen wir entsprechende Mittel, und wir brauchen viel mehr Kontrolleure, um diesen wichtigen Bereich, der für die Gesundheit vieler Menschen notwendig ist, so auszubauen, dass er funktioniert.

Wir haben ein weiteres Thema: die Ernährungssituation von Kindern in Deutschland. Wir brauchen eine flächendeckende Untersuchung zu diesem Thema. Wir wissen, dass viele Kinder fehlernährt sind. Es gibt nicht nur das Problem zu dicker Kinder, sondern auch der Fehlernährung.

(B)

Wie sieht die Ernährungssituation von Jugendlichen und Kindern in Deutschland inzwischen aus? Wir brauchen die Mittel, um dies zu erfassen, zu untersuchen und Schlüsse daraus zu ziehen. Ich denke nämlich, ein weiterer wichtiger Punkt wäre das Thema Kita- und Schulverpflegung. Ein erster Schritt, mit dem die Situation vieler Kinder verbessert werden könnte, wäre die Kofinanzierung des EU-Schulobstprogramms durch den Bund. So kämen endlich alle Kinder und Jugendlichen in den Genuss einer täglichen Portion Obst und Gemüse.

Ich habe gelesen, dass Baden-Württemberg jetzt 1 Million Euro mehr in den Haushalt einstellen wird. Wenn man das durch 250 000 Kinder teilt, dann sind das 4 Euro pro Kind. Entschuldigung! Wie kann man mit 4 Euro ein Kind ein Jahr lang mit Obst und Gemüse verpflegen? Das reicht nicht.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Die Länder! Die Länder können doch auch einen Beitrag leisten!)

– Die Länder haben nicht die Mittel dafür. Sonst wären sie doch schon längst dabei. Das ist ein Problem.

(Artur Auernhammer [CDU/CSU]: Vielleicht in Baden-Württemberg!)

Weitere Probleme mit der Schulverpflegung haben wir durch die unsinnige Mehrwertsteuer. Wir müssen

endlich die Mehrwertsteuer abschaffen, wenn es um Schul- und Kitaverpflegung geht. Wir brauchen natürlich auch fachliche Beratung und Unterstützung der Schulen und der Kitas unter anderem durch die Vernetzungsstellen „Schulverpflegung“. Ein Projekt wie dieses, das sich bewährt hat, muss man langfristig sichern. (C)

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Das machen die Länder!)

Es reicht nicht, das Projekt an die Länder zu übergeben, wenn man weiß, dass es dann wieder stirbt. Dann stirbt nämlich die Schulverpflegung insgesamt.

Herr Minister, wir hätten noch viele Vorschläge zu machen. Wir setzen auf eine vernünftige Beratung mit Ihnen. Davon, dass Sie Vorschläge anhören und annehmen, bin ich überzeugt. Aber wir würden uns sehr freuen, wenn wir das gemeinsam anpacken könnten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit, und – ja – einen schönen Abend!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ein noch schönerer Abend als dieser lässt sich schwerlich vorstellen. – Nun hat die Kollegin Elvira Drobinski-Weiß das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

(D)

Elvira Drobinski-Weiß (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Das Budget für den Bereich „gesundheitlicher Verbraucherschutz und Ernährung“ ist in diesem Jahr kleiner geworden. Das liegt vor allem daran, dass ein Teil der Mittel für Verbraucherschutz und Verbraucherinformation in das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz gewandert ist. Es bleiben aber nach wie vor 16,8 Millionen Euro. Was steckt da drin? Darin stecken unter anderem Fördermittel für Projekte, die Kinder für das Kochen begeistern sollen, für die Vernetzungsstellen „Schulverpflegung“, für Ernährungsbildungsprojekte, für die Kampagne gegen Lebensmittelverschwendung und für das Portal „Lebensmittelklarheit“. Für dieses Jahr ist die Finanzierung all dieser Projekte sichergestellt.

Wichtig ist aber, dass wir diese Unterstützung in den nächsten Jahren konsequent fortsetzen. Das gilt nicht nur für die Ernährungsbildung, sondern auch – das ist mir besonders wichtig – für das Portal „Lebensmittelklarheit“. Für all diejenigen, die nicht wissen, was das ist: Das ist ein Projekt der Verbraucherzentrale. Verbraucherinnen und Verbraucher können dort Projekte melden, von denen sie sich getäuscht fühlen. Das Ganze wird gesammelt und ausgewertet und wurde bereits durch eine fundierte Verbraucherforschung begleitet. Diese müssen wir fortführen, keine Frage.

(Beifall bei der SPD)

Elvira Drobinski-Weiß

- (A) Wir müssen aber auch endlich Konsequenzen aus den Erkenntnissen und Ergebnissen dieses Portals und seiner Begleitforschung ziehen. Diese lauten nämlich: Viele Definitionen, Verkehrsbezeichnungen und Leitsätze für Lebensmittel werden von den Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht verstanden und als irreführend empfunden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, im Koalitionsvertrag haben wir uns darauf geeinigt, das zu ändern. Das sollten wir alsbald angehen.

Wir müssen nicht nur „Lebensmittelklarheit“ weiterfinanzieren. Auch die Arbeit der Deutschen Lebensmittelbuch-Kommission muss sich künftig stärker an den Bedürfnissen der Konsumenten nach Klarheit und Wahrheit orientieren. Auch hier für all diejenigen, die diese Kommission nicht kennen: Die Lebensmittelbuch-Kommission ist *das* Gremium, das erarbeitet, woraus zum Beispiel Fruchtetee, Geflügelwürstchen oder Alaska-Seelachs bestehen sollten. Wer sitzt in diesem Gremium? Zu gleichen Teilen Wissenschaftler, Mitarbeiter der Lebensmittelüberwachung sowie Verbraucherverbände und die Lebensmittelwirtschaft. Wenn Letztere nicht will, dass ein Leitsatz oder eine Definition neu gefasst wird, dann blockiert sie eben. Wir wollen, dass die Verbrauchererwartung künftig das stärkste Gewicht bekommt. Das ist bisher nicht der Fall. Im Moment darf in Geflügelwürstchen Schweinespeck stecken, und die Alaska-Seelachs-Schnitzel sind zwar rosa gefärbt, haben aber mit Lachs nicht das Geringste zu tun.

- (B) Sehr geehrter Herr Minister Schmidt, ich weiß, dass Sie die Arbeit der Lebensmittelbuch-Kommission gerade evaluieren lassen. Deshalb möchte ich unterstreichen, wie wichtig es aus Sicht der SPD ist, dass die Lebensmittelkennzeichnung künftig verbrauchergerechter und die Erarbeitung der Leitsätze für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbarer und transparenter wird. Ich sage Ihnen auch, warum das so wichtig ist. Laut einer Studie ärgern sich 80 Prozent der Konsumenten beim Einkauf über unverständliche Angaben auf dem Etikett. 81 Prozent sagen, dass sie anhand der vorhandenen Informationen nicht einschätzen können, ob ein Produkt gut oder schlecht ist, welche Qualität es also hat. Genau das müssen wir ändern, und zwar nicht nur im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern auch im Interesse aller guten, seriösen und ehrlichen Anbieter. Wenn Verbraucherinnen und Verbraucher Qualitäten verlässlich erkennen und unterscheiden können, sind sie auch bereit, für ein gutes Produkt einen angemessenen und fairen Preis zu zahlen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Selbstverständlich ist es deshalb wichtig, in die Verbraucher- und Ernährungsbildung, in Aufklärungsangebote zu investieren.

Gute Verbraucherpolitik darf sich aber gerade nicht nur in Informationskampagnen für die Verbraucher erschöpfen. Sie muss auch die Anbieter in die Verantwortung nehmen. Lebensmittel müssen so gekennzeichnet sein, dass jeder auch ohne Lupe, ohne Lexikon und ohne Hochschulabschluss verstehen kann, was er oder sie kauft. Daran gemeinsam zu arbeiten, liebe Kolleginnen

und Kollegen, verehrter Herr Minister Schmidt, darauf freue ich mich. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nicole Maisch ist die nächste Rednerin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Nicole Maisch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Schmidt, bei einem Ihrer ersten Besuche bei uns im Ausschuss haben Sie gesagt, Ernährung sei Ihr Kernthema. Davon ist leider nicht viel zu merken, nicht in der Rede, die Sie gehalten haben, nicht in diesem Haushalt und auch nicht anhand sonstiger Initiativen. Für Ihr angebliches Schwerpunktthema Ernährung haben Sie keinen Arbeitsplan, und für 1,5 Millionen Euro im Ernährungsbereich haben Sie jetzt, im Juni, wo das Haushaltsjahr schon zur Hälfte herum ist, immer noch keine Verwendung. Der Vorwurf des unsichtbaren Ministers, wenn es um gesunde Ernährung geht, trifft leider voll ins Schwarze.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie verwalten still und leise, wie Sie es hier vorgetragen haben, weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit vor sich hin. Aber man kann auf Ihrer Homepage nachlesen, was Sie so tun. Immerhin führen Sie die Kampagne gegen Lebensmittelverschwendung Ihrer Vorgängerin Frau Aigner fort. Auch Sie beteuern auf Podiumsdiskussionen, wie wichtig Ihnen die Wertschätzung von Lebensmitteln ist. Natürlich lassen Sie auch Informationsbroschüren drucken. Aber das reicht nicht aus. Broschüren alleine lösen keine gesellschaftlichen Probleme. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie Konzepte vorlegen, wie wir von den 11 Millionen Tonnen genießbarer Lebensmittel, die jährlich in Deutschland im Müll landen, herunterkommen. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fragen Sie: Wo sind die verbindlichen branchenspezifischen Zielvereinbarungen mit der Wirtschaft? Wo ist der Innovationswettbewerb zur Müllvermeidung, und wo sind die Forschungsprojekte, die wir gemeinsam in der letzten Legislatur in diesem Bereich fraktionsübergreifend beschlossen haben?

Herr Minister Schmidt, Ihr Haus ist in den Koalitionsverhandlungen arg gerupft worden. Sie als Ernährungsminister müssen jetzt beweisen, dass Ihr Haus noch mehr ist als ein weiterer Versorgungsposten für die CSU. Gelegenheit dazu gäbe es genug. Nehmen Sie die neue Studie der Bertelsmann Stiftung zur miserablen Qualität der Kita- und Kindergartenverpflegung in Deutschland. Nur jede dritte Betreuungseinrichtung bietet kleinen Kindern ein gesundes Mittagessen an. 1,2 Millionen Kinder in diesem Land bekommen nach der Bewertung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung mieses Essen: zu wenig Obst, zu wenig Gemüse, zu viel Fleisch, zu

Nicole Maisch

- (A) wenig frische Lebensmittel. An den Schulen in diesem Land sieht es nicht besser aus.

Das sollte bei Ihnen als Ernährungsminister Kreativitätsschübe auslösen und „leise und langsam“ durch „laut und wütend“ ersetzen. Das sollte Sie zum Nachdenken über Ihr unsinniges Kooperationsverbot bringen, das dem Bund verbietet, den Schulen beim Thema Verpflegung unter die Arme zu greifen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber was machen Sie? Sie lassen sogar die Finanzierung für die Schulvernetzungsstellen nach 2017 im Ungewissen. Wir haben im Ausschuss darüber diskutiert. Jeder fand es wichtig, jeder fand es gut, was die Schulvernetzungsstellen machen, aber Geld geben möchte der Bund nicht. Wir halten das für unverantwortlich. Das ist Sparen am falschen Ende.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Da wir gerade beim Sparen am falschen Ende sind: Genauso unverantwortlich ist die fehlende Finanzierung des Forschungsinstituts für Kinderernährung in Dortmund. Dieses Institut, europaweit einzigartig und seit Jahrzehnten anerkannt, hat vor der Kinderkommission des Deutschen Bundestages einen Hilferuf abgesetzt. Dieses Institut, das für Forscherinnen und Forscher aus ganz Europa einzigartige Basisarbeit betreibt, steht vor dem Aus; denn es gibt keine gesicherte Finanzierung für dieses Forschungsinstitut mehr.

- (B) Die Geschäftsführung, die wissenschaftliche Leitung, wird seit einiger Zeit ehrenamtlich betrieben. Ich finde, das kann nicht sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der LINKEN)

Die Langzeitforschung und die Forschungsergebnisse müssen wir retten. Ich fordere Sie auf: Nutzen Sie das Geld, das im Haushalt noch nicht verplant ist! Retten Sie das FKE! Geben Sie 500 000 Euro aus, stellen Sie eine richtige Geschäftsführung und ein Sekretariat ein, damit diese wichtigen Forschungsergebnisse für die Gesundheit unserer Kinder nicht verloren gehen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der LINKEN)

Ein weiteres unrühmliches Beispiel dafür, dass unter dieser Großen Koalition beim Thema Kindergesundheit einiges im Argen liegt, ist der Umgang mit der Nationalen Stillkommission. Sie ist bei einer zum Geschäftsbereich Ihres Ministeriums gehörenden Behörde, beim Bundesinstitut für Risikobewertung, angesiedelt. Diese Kommission ist derzeit faktisch nicht arbeitsfähig, weil die zuständige Stelle am BfR finanziell heruntergestuft und mit weiteren Aufgaben überfrachtet wurde und sich keiner mehr findet, der diesen Job machen will. Wir finden, das ist ein untragbarer Zustand. Die Förderung des Stillens ist einer der wichtigsten Bausteine zur Übergewichtsprävention bei Kindern. Das ist wissenschaftlich unumstritten; das ist ganz eindeutig. Ich finde, es ist für Deutschland peinlich, wenn wir nicht in der Lage sind,

- die Nationale Stillkommission arbeitsfähig zu halten und angemessen auszustatten. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt und Ihre Politik der letzten sechs Monate lassen noch viel Luft nach oben. Das gilt besonders für den Tierschutz. Die Vorgängerregierung hat mit der missglückten Tierschutznovelle in einigen Bereichen für mehr Schaden als Nutzen gesorgt. Wir erwarten von dieser Koalition, dass hier nachgebessert wird. Wir werden ganz genau hinschauen, ob Sie wirklich mehr Tierschutz erreichen oder nur mehr Chancen zum Export von deutschem Fleisch in die ganze Welt realisieren. Wenn Sie den Schutz der Tiere, der im Grundgesetz verankert ist, wirklich ernst nehmen, dann müssen Sie Schluss machen mit dem System der tierquälerischen industriellen Massentierhaltung. Das ist eine Systemfrage in der Landwirtschaft. Wir werden genau hinschauen, wie vor allem die SPD diese Systemfrage beantwortet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet für die Union – wenn sie den Tierschutz so ernst nimmt –, dass man auch einmal den einen oder anderen Konflikt aushalten muss, etwa mit den Bauernverbandsfunktionären außerhalb, aber auch innerhalb der Fraktion. Wir werden genau schauen, ob ein schwarzer Agrarminister so etwas austragen kann.

Wir Grüne wollen, dass der Tierschutz in Deutschland mächtiger wird. Wir fordern einen Tierschutzbeauftragten mit angemessener Amtsausstattung und das Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen. (D)

Lassen Sie mich noch ein Wort zu den Tierversuchen sagen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Aber ganz schnell, bitte.

Nicole Maisch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja, das schaffe ich ganz schnell. – Wir finden, dass das Thema „Ersatzmethoden für Tierversuche“ finanziell wesentlich mehr unterstützt werden muss. Sie haben zwar die Finanzmittel für die Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch aufgestockt, aber nicht etwa, um Alternativen zu Tierversuchen zu erforschen, sondern lediglich um ein Internetportal zu pflegen. Wir finden, das kann es nicht sein. Da hätten Sie nachlegen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist leider die agrar- und ernährungspolitische Fortsetzung von Schwarz-Gelb unter anderer Flagge. Das ist peinlich für die SPD, und es ist schlecht für die Menschen und Tiere in diesem Land. Wer daran gezweifelt hat, ob es nötig ist, zur nächsten „Wir haben es satt“-Demo zu fahren, dem sage ich: Leute, ihr müsst fahren. Das ist leider auch unter Schwarz-Rot unbedingt notwendig.

Nicole Maisch

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Nächster Redner ist der Kollege Franz-Josef Holzenkamp für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Franz-Josef Holzenkamp (CDU/CSU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Maisch, ich fand Sie im Ausschuss viel netter. Eines aber kann ich Ihnen versichern: Konfliktscheu sind wir Schwarzen garantiert nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber an den Konflikten werden wir gemeinsam Spaß haben.

Zunächst möchte ich allen Beteiligten, die diesen Haushalt aufgestellt haben, Danke sagen: Herrn Minister mit seinem ganzen Team, sämtlichen Ministerien, den Haushältern, allen Fachgruppen. Ich finde, wir haben einen guten Haushalt aufgestellt. Er trägt der Konsolidierungsnotwendigkeit Rechnung – wir wissen, dass wir nur das ausgeben können, was wir im Portemonnaie haben –, aber setzt gleichzeitig die richtigen Signale.

(B) Meine Damen und Herren, die jüngste Verbraucherbefragung im Auftrag des BMEL hat festgestellt, dass 80 Prozent aller Verbraucher mit der Qualität der Lebensmittel der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft sehr zufrieden sind. Sie erfreuen sich an der Vielfalt und an der Hochwertigkeit deutscher Lebensmittel. Das ist eine gute Botschaft. Da dürfen wir uns auch einmal freuen; da dürfen wir auch einmal lächeln.

Frau Binder, ein sehr deutlicher Hinweis auf die Qualität unserer Ernährung ist die Tatsache, dass die Menschen in unserem Land immer älter werden. Es gab noch nie so viele Alte wie heute, und die durchschnittliche Lebenserwartung steigt weiter. Das ist das beste und deutlichste Zeichen dafür, wie gesund unsere Ernährung ist; das ist ganz einfach feststellbar.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In einem pflichte ich allen Beteiligten bei – Frau Drobinski-Weiß hat ein paar Punkte angesprochen –: Es bleibt einiges zu tun.

Ich kann die gute Stimmung aber nachvollziehen; denn Landwirtschaft in Deutschland steht für Verantwortung, für Vielfalt und auch für Erfolg. Darauf können wir stolz sein; damit können wir auch selbstbewusst umgehen. Wir als Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland sind wer. In der gesamten Kette sind es etwa 5 Millionen Arbeitskräfte; das ist die zentrale Wirtschaftssäule des ländlichen Raums. Wir investieren im ländlichen Raum, in sichere Arbeitsplätze dort, allein im ersten Halbjahr 2014 6 Milliarden Euro. Das bedeutet Investitionen in moderne Technik, mehr Umweltschutz, mehr Tierschutz und mehr Effizienz. Das ist der richtige Weg. Wir machen es so, anstatt Verbote zu fordern, was zu Produktionsverlagerungen führt, womit wir dem Tier-

oder Umweltschutz einen Bärendienst erweisen. Das ist Ihr Weg, und der ist falsch. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zum Thema Forschung. Das ist mir ein besonderes Anliegen, weil Forschung letztendlich – da sind wir uns alle einig, denke ich – Zukunft bedeutet. Die Landwirtschaft in Deutschland ist gut aufgestellt. Aber auch wir sehen in verschiedenen Bereichen die Notwendigkeit von Weiterentwicklungen. Ich will einige Beispiele ansprechen: Wie können wir das Tierwohl in Deutschlands Ställen verbessern? Deshalb machen wir Praxis- und Demonstrationsversuche. Wir wollen nicht verbieten, sondern Lösungen erarbeiten. – Wie können wir negative Effekte auf die Umwelt verringern? Deshalb gibt es bei uns den Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Deshalb sind wir dabei, in der Düngeverordnung bessere Bedingungen für unsere Umwelt zu erreichen. – Wie können wir die Produktivität im Ökolandbau verbessern, damit auch dort die Nachhaltigkeit gesteigert wird? Deshalb – das ist, glaube ich, vorhin nicht richtig verstanden worden – sehen wir in diesem Haushalt mehr Forschungsförderung für den Ökolandbau vor.

(D) Meine Damen und Herren, zu welcher Produktionsform sich ein Landwirt auch immer entschließt: Entscheidend ist stets die enge Verzahnung zwischen Ökologie, Ökonomie und letztendlich auch sozialen Aspekten. Dieses Zieldreieck müssen wir immer im Blick haben, weil wir anders keine intelligente Lösung für die Landwirtschaft von morgen finden, die alle Punkte berücksichtigt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb unterstützen wir in unserem Haushalt die Forschung in der Gesamtsumme mit immerhin etwa 500 Millionen Euro. Das sind Mittel für Forschung, für Nachhaltigkeit und für mehr Innovation.

Zudem haben wir die Eiweißstrategie verankert. Dafür gibt es einen eigenen Titel – das wurde schon mehrfach angesprochen –, und das ist auch richtig. Wilhelm Priesmeier, du hast mich sehr frühzeitig angesprochen: Können wir das nicht machen? Das ist uns wichtig. – Wir waren uns sofort einig und haben das gemeinsam auf den Weg gebracht. So arbeiten Koalitionen vernünftig zusammen. So gehört sich das. Gleichzeitig hat das den Nebeneffekt, dass mehr Forschungsmittel für den Ökolandbau in dem entsprechenden Bundesprogramm zur Verfügung stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie der Abg. Ute Vogt [SPD])

– Da dürfte selbst die Opposition klatschen. Das müsste doch eigentlich in Ihrem Sinne sein. Gucken Sie doch nicht so griesgrämig drein!

Ich will an dieser Stelle, weil es um Eiweiß geht, auch das Thema Greening noch einmal ansprechen. Wir hatten lange Diskussionen über die Anwendung von Pflanzenschutz. Meine Damen und Herren, wenn wir den Eiweißanbau fördern wollen, dann ist es richtig, auf öko-

Franz-Josef Holzenkamp

- (A) logischen Vorrangflächen Eiweißpflanzen so anzubauen, dass wir sie auch ernten können.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber doch nicht mit Pestiziden, Herr Kollege! Das ist doch nicht ökologisch!)

Deshalb gehört letztendlich der Pflanzenschutz mit dazu. Deshalb war das eine richtige Entscheidung. Wenn man einfordert, mehr für die Eiweißstrategie zu tun, wie es die Grünen machen,

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht doch nicht, auf ökologischen Vorrangflächen Gift auszubringen! – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nichts verstanden!)

dann dürfte man sich in dieser Frage eigentlich nicht wehren.

Ich will noch etwas zum Thema „Internationales und Agrarexporte“ sagen, weil das eine zunehmende Bedeutung hat. Ich bedaure, dass Grüne und Linke die Absatzunterstützung des Ministeriums zusammenstreichen wollen. Meine Damen und Herren, es geht um KMU-Förderung, um die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen. Das, was in allen Wirtschaftsbranchen gewollt wird und gewollt ist, kann doch in der Landwirtschaft nicht falsch sein. Wenn Sie diese Position nicht verlassen, dann arbeiten Sie gegen die deutschen Bauern; das muss man so deutlich sagen.

- (B) (Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Quatsch! – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie machen doch nichts für die Bauern!)

Man kann hier als Beispiel den Milchpreis anführen. Dieser Milchpreis, über den sich deutsche Milchbauern freuen, würde nicht einmal annähernd erreicht, wenn wir nicht die Exportmöglichkeiten hätten. Sie lehnen den Export ab. Dann müssen Sie aber auch die Frage beantworten: Wie wollen Sie mit Importen umgehen? Wollen Sie uns abschotten? Wollen Sie den deutschen Bürgerinnen und Bürgern ausländische Lebensmittel vorenthalten? Wie wollen Sie es letztendlich handhaben? Export ist nichts Unanständiges und Verwerfliches. Export ist notwendig für ein ausreichendes und vernünftiges Familieneinkommen deutscher Bauern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte – das ist mir ein Anliegen – noch einige Sätze zu den Schwellen- und Entwicklungsländern sagen. Auch im Zusammenhang mit dem Export wird uns immer wieder vorgehalten, wir würden gegen diese Länder arbeiten. Meine Damen und Herren, damit es klar bleibt oder dem einen oder anderen klar wird: Wir wollen keine Exportsubventionen. Wir lehnen sie ab. Sie dürfen nicht wiederkommen. Wir wollen aber für wichtige Länder als Türöffner fungieren. Hier macht das BMEL, mit Minister Schmidt vorneweg, einen sehr guten Job, wofür wir dankbar sind. Wir stocken, wie in diesem Haushalt ersichtlich ist, beispielsweise die Mittel für die bilaterale technische Zusammenarbeit um fast 2,5 Millionen Euro auf. Ich finde, das ist ein lohnendes

Projekt, und bin verwundert, dass die Grünen diesen Titel streichen wollen. Wir setzen diese Mittel in Projekte für die Ausbildung von Landwirten in Entwicklungsländern und in Schwellenländern ein, damit sie produktiver werden. Sie sind dagegen, weil Sie Kommunikationskampagnen, beispielsweise gegen Grüne Gentechnik, machen wollen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie die Bedienung der Angstindustrie! Das bringt Ihnen nichts ein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir sind auch im gesundheitlichen Verbraucherschutz gut unterwegs. Lieber Christian Schmidt, es ist ein großer Erfolg, dass der gesundheitliche Verbraucherschutz in unserem Ministerium verbleibt. Hier ist die Fachkompetenz. Ich kann mir nicht vorstellen, verehrte Kollegin Drobinski-Weiß, –

Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Herr Kollege!

Franz-Josef Holzenkamp (CDU/CSU):

– ja, ich komme zum letzten Satz –, dass eine Veterinärabteilung in einem Querschnittsressort wie dem BMJ Sinn macht. Deshalb ist es an dieser Stelle richtig aufgehoben.

Meine Damen und Herren, in den kommenden Jahren haben wir die große Aufgabe, uns in einer kritischen Diskussion mit der Landwirtschaft und der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Ich lade Sie alle ein, dieses miteinander sachlich und realistisch zu tun, in die Zukunft gerichtet und so, wie es die 300 000 Bauernfamilien in Deutschland verdienen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Das Wort erhält nun die Kollegin Petra Crone für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Petra Crone (SPD):

Herr Präsident! Meine lieben Kollegen und Kolleginnen! Meine Damen und Herren! Der Prozess, eine europäische Waldkonvention ins Leben zu rufen, ist am 21. Mai in Wien gescheitert. Es war der fünfte Versuch, und zum fünften Mal lief der Anlauf ins Leere. Nach vielen Verhandlungstagen blieben bis zum Schluss zehn wesentliche Punkte offen. So gab es beispielsweise keine Einigung unter den Staaten, wie Wald überhaupt zu definieren sei; nur um eine elementar strittige Position zu benennen. Darum, liebe Kollegen und Kolleginnen, sollten wir das Ende der Verhandlungen zur europäischen Waldkonvention akzeptieren. Das weitere Vorgehen wird auf der nächsten regulären Ministerkonferenz Forest Europe Mitte des nächsten Jahres zu besprechen sein.

Petra Crone

- (A) Im Koalitionsvertrag haben wir uns darauf verständigt, gemeinsam für Schutz, Erhalt sowie Wiederaufbau von Wäldern und Waldstrukturen und für eine damit verbundene Waldfinanzierung einzutreten. Jetzt ergibt sich für Deutschland in diesem Sinne die einmalige Chance, eine Vorreiterrolle in einem Prozess einzunehmen, der die vielen internationalen Übereinkünfte zum Wald zum einen koordiniert und zum anderen unter einem multilateralen Dach in kooperativer Art und Weise bündelt.

Die Übereinkünfte zum Wald – der Prozess Wald – sind stark fragmentiert: FLEGT, REDD+, CBD oder das Waldforum der Vereinten Nationen, um nur einige zu nennen. In der internationalen Waldpolitik Deutschlands engagieren sich neben dem BMEL weitere Bundesministerien: das BMUB und das BMZ. Gemeinsam sollten wir einen Prozess anstoßen, der die vorhandenen internationalen Übereinkünfte so belässt, aber durch eine koordinierende Dachorganisation besser miteinander verzahnt, bündelt und dadurch vorantreibt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Frau Kollegin Crone, darf der Kollege Kindler eine Zwischenfrage stellen?

Petra Crone (SPD):  
Bitte sehr.

Sven-Christian Kindler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Vielen Dank, Frau Kollegin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Wir befinden uns in einer Haushaltswoche und in einer Haushaltsdebatte. Sie haben gerade die internationalen Initiativen zum Wald angesprochen, die auch ich für sinnvoll und unterstützenswert halte. Dazu passt allerdings nicht, dass die Bundesregierung in ihrem Haushaltsentwurf die Mittel aus dem Energie- und Klimafonds für den Waldklimafonds von 28 Millionen auf 14 Millionen Euro gesenkt hat; das ist eine Halbierung. Wie erklären Sie sich das? Das ist ja eine dramatische Kürzung, die international ein verheerendes Signal ausstrahlt.

Petra Crone (SPD):

Herr Kollege, Sie rennen da bei mir offene Türen ein. Ich bin auch nicht ganz einverstanden damit, dass es dazu gekommen ist. Aber wir haben andere Positionen aus dem Bereich der nachhaltigen Waldbewirtschaftung im Haushalt. Ich komme gleich noch zu diesem Punkt. Insofern hören Sie mir bitte gut zu.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mache ich! Danke!)

Der neu geschaffene Haushaltstitel im Einzelplan 10 „Internationale nachhaltige Waldbewirtschaftung“ soll beispielsweise bilaterale Forstprojekte in Uganda, Russland, Kenia oder Uruguay fördern. Bislang sind viele Details der künftigen Zusammenarbeit mit den Partnerländern im Abstimmungsprozess. Gemeinsam mit dem BMEL werden wir die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisatio-

- nen transparent gestalten. Immerhin handelt es sich um 5 Millionen Euro. Eine solche Transparenz und gute Kommunikation hätte ich mir auch für die Planung dieses Haushalts gewünscht, lieber Kollege. (C)

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrter Herr Minister, ich habe mich gefreut, dass Sie sich Anfang des Jahres – Sie haben es eben erwähnt – ausdrücklich und mehrmals zum Ziel bekannt haben, 5 Prozent der deutschen Waldflächen nutzungs-frei zu halten, trotz der anhaltenden Widerstände. Ich möchte Sie ausdrücklich bei der Umsetzung des 5-Prozent-Ziels unterstützen. Die SPD-Fraktion ist an Ihrer Seite.

(Beifall bei der SPD)

Der öffentliche Wald hat bei der Erfüllung des 5-Prozent-Ziels eine Vorbildfunktion; das ist klar. In Wittgenstein, in Südwestfalen,

(Beifall des Abg. Willi Brase [SPD])

hat erstmals ein privater Waldbesitzer 350 Hektar seines Waldes nutzungs-frei gestellt. Wir sollten überlegen, welche freiwilligen Anreize, welche privatrechtlichen Vereinbarungen wir Privatwaldbesitzern anbieten können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU])

Mit Spannung erwarte ich in diesem Zusammenhang die Daten aus der Bundeswaldinventur 2012.

- Sehr geehrte Damen und Herren, die nationale Waldpolitik wird mit zusätzlichen 5 Millionen Euro im Einzelplan 10 gefördert. – Jetzt komme ich zu Ihrer Frage, Herr Kollege Kindler. – Ich will nicht verhehlen, dass ich mir lieber eine finanzielle Stärkung des Waldklimafonds gewünscht hätte. Er startete ja erst im vergangenen Jahr als „Meilenstein“ – O-Ton BMELV – und ist untrennbar mit der nachhaltigen Bewirtschaftung unserer Wälder verbunden. Mir ist noch nicht ganz klar, wie genau die Mittelstärkung im bestehenden Programm aussehen soll. Wir müssen bei der Ausgestaltung der Projekte aus diesem Titel daher auf zweierlei achten: erstens, dass wir keine Doppelstrukturen und neuen Bürokratien mit Steuermitteln schaffen, die ausschließlich privatwirtschaftliche Interessen subventionieren, und zweitens, dass wir sicherstellen, dass die Projektmittel tatsächlich in den Wald fließen und nicht allein in Broschüren verschwinden. (D)

Ein letzter Punkt: Die Überdüngung mit Stickstoff, unter anderem aus der Landwirtschaft, ist nach wie vor ein Problem in unseren Wäldern. Bitte lassen Sie uns vorrangig nicht die Symptome, sondern die hohen Stickstoffemissionen als Ursachen bekämpfen.

Ich freue mich auf eine transparente Debatte, wenn wir über die Programme für die internationale und nationale Waldbewirtschaftung reden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. – Der Präsident jagt mich davon.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A) Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Jeder Blick auf die Uhr zeigt doch, dass die Geduld des Präsidenten beinahe unerschöpflich ist.

(Heiterkeit)

Jetzt ist der Kollege Thomas Mahlberg an der Reihe, der für die CDU/CSU-Fraktion spricht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Mahlberg (CDU/CSU):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Meine Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Es liegt in der Natur der Sache, dass in Bezug auf den Haushalt jeder eine etwas andere Wahrnehmung hat. Ich für meinen Teil kann sagen – und ich hatte das Gefühl, dass Christian Schmidt dies sehr deutlich gemacht hat –, dass gerade der Haushalt für das BMEL eine sehr solide Basis für unsere Arbeit darstellt. Aber nicht nur das: Ich finde, er ist auch eine sehr gute Antwort auf die großen Herausforderungen, mit denen wir im Landwirtschaftsbereich und in der Lebensmittelbranche konfrontiert sind, wie – ich will nur einige Punkte nennen – Welternährung, Nachhaltigkeit, Klimawandel, Lebensmittelsicherheit und Akzeptanz der Tierhaltung. Das sind keine neuen Punkte. Sie sind schon von meinen Vorrednern angesprochen worden. Es ist immer etwas schwierig, wenn man nicht als Erster zu einem Thema spricht.

(B) Ein Menschenrecht auf Nahrung klingt wie selbstverständlich, gerade in dem Land, in dem wir leben. Aber leider ist dieses grundlegende Menschenrecht nicht überall auf dieser Welt gewährleistet. Rund 840 Millionen Menschen leiden Hunger, fast ein Drittel der Weltbevölkerung ist unterernährt. Das sind keine Zahlen aus dem Mittelalter, sondern Fakten aus dem 21. Jahrhundert, über die ich hier spreche. Die Sicherung der Welternährung ist eine riesige Herausforderung, die im Laufe der Zeit nicht kleiner, sondern noch größer werden wird; denn wir erwarten, dass die Weltbevölkerung bis zum Jahre 2050 auf 9 Milliarden Menschen steigen wird. Gleichzeitig werden Ressourcen wie Boden und Wasser knapper. Auch die Auswirkungen von Klimawandel und Naturkatastrophen verschärfen die Situation. Vor diesem düsteren Hintergrund ist es, wie ich finde, sehr erfreulich, dass der Kampf gegen den Hunger auch für die Bundesregierung höchste Priorität hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das zeigt sich gerade im Einzelplan 10, in dem ein zusätzlicher Titel zur Welternährung geschaffen wurde, um einen weiteren Beitrag zur Ernährungssicherung in der Welt zu leisten.

Die Nachhaltigkeit und die Eindämmung des Klimawandels sind weitere wichtige Baustellen für die Landwirtschaft. Schon heute ist die Basisressource Boden Teil eines weiten Konfliktfeldes; denn jeden Tag werden über 70 Hektar Fläche neu in Anspruch genommen. Die Flächenkonkurrenz zwischen Nahrungsherstellung, Bebauung und Energiegewinnung ist nur noch mit einem klugen nachhaltigen Konzept zu lösen. Dieses Konzept muss auf der einen Seite die Folgen des Klimawandels

(C) bedenken und auf der anderen Seite dem Klimawandel selbst entgegensteuern. Nur wenn wir unsere landwirtschaftliche Produktion klima- und ressourcenschonend gestalten, werden wir auch in Zukunft das Land effizient bewirtschaften und andere natürliche Ressourcen nutzen können. Deshalb freue ich mich sehr, dass das Bundesministerium insgesamt 510 Millionen Euro für Forschung und Nachhaltigkeit vorgesehen hat.

Von unserer Nahrung erwarten wir alle gemeinsam nicht nur, dass sie unter nachhaltigen Gesichtspunkten hergestellt wurde. Wir wollen in allererster Linie sichere und gesunde Lebensmittel haben, die wir ohne Bedenken und mit Genuss verzehren können. Das Prinzip der Lebensmittelsicherheit bildet einen weiteren Schwerpunkt im Haushaltsplan des BMEL. Das ist, wie ich meine, wichtig und richtig; denn die Gewährleistung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes entlang der gesamten Lebensmittelkette ist eine komplexe Aufgabe, die wir zu lösen haben. Diese Komplexität, die mit der fortschreitenden Globalisierung der Warenströme – das war gerade auch Thema bei einem meiner Vorredner, und das kann ich nur zu gut aufgrund meiner früheren beruflichen Tätigkeit beurteilen – und auch der Entwicklung neuer Produkte, die es auf dem Markt gibt, einhergeht, nimmt deutlich zu.

Für gesunde Lebensmittel tierischer Herkunft brauchen wir sichere und rückstandsfreie Futtermittel; denn nur ausgewogen ernährte Tiere liefern uns gesunde und qualitativ hochwertige Erzeugnisse – die Produkte kennen Sie: Fleisch, Eier und Milch zum Beispiel –, die für uns von besonderer Bedeutung sind. Futtermittelsicherheit ist also eine Voraussetzung für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit. Zur Gewährleistung der Futtermittelsicherheit haben wir in Deutschland ein sehr engmaschiges Kontrollnetz, das insbesondere durch Qualitätssicherungssysteme – viele dürften Ihnen bekannt sein – wie GMP oder QS der Unternehmen ergänzt werden.

(D) Meiner Ansicht nach ist es die originäre Aufgabe des Staates, für effiziente Kontrollen der Lebensmittelkette zu sorgen und diese zu finanzieren. Ich finde es wenig hilfreich, wenn einzelne Bundesländer – das Bundesland Niedersachsen ist hier schon angesprochen worden – sich aus dieser Aufgabe herausziehen und die Finanzierung den zu kontrollierenden Unternehmen aufbürden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch marktwirtschaftlich!)

– Sehr geehrter Herr Kollege Kindler, Sie haben eben sehr lobend über Ihren Umweltminister in Niedersachsen gesprochen.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Landwirtschaftsminister ist er!)

Das ist das, was bei mir hängen geblieben ist. Wenn ich durch Niedersachsen reise, höre ich keine Lobreden auf diesen Umweltminister.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielleicht müssen Sie mal aus den

Thomas Mahlberg

(A) CDU-Kreisverbänden herausgehen! Das wäre mein Tipp!

– Ich glaube, ich bewege mich in Niedersachsen nicht nur innerhalb meiner Partei. Ich höre in Niedersachsen keine Lobreden,

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Ich auch nicht!)

sondern eher Skepsis. Ich finde es mehr als merkwürdig, wenn, während sich die Bundesländer über ein solches Thema austauschen, ein Bundesland vorprescht und die Unternehmen als erstes und einziges Bundesland belastet, anstatt eine mit den Ministern der anderen Länder abgesprochene vernünftige und konzeptionelle Lösung zu finden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vorreiterrolle!)

Ich habe mir einmal die Frage gestellt, wie es wohl wäre, wenn Ihr Minister Verkehrsminister geworden wäre. Dann wäre mir auf einer Fahrt nach Hannover wahrscheinlich Folgendes passiert: Ich wäre in eine Polizeikontrolle gekommen, hätte meine Papiere vorgezeigt, und der Polizeibeamte hätte gesagt: Alles in Ordnung; aber bevor Sie weiterfahren, müssen Sie 25 Euro zahlen. Das ist die Pauschale, die Sie jetzt bezahlen müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein völlig unsinniger Vergleich!)

(B) Das ist genau das, was Ihr Minister mit den Betrieben in Niedersachsen veranstaltet.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es schmerzt natürlich, dass man den Landwirtschaftsminister dort nicht mehr stellt! Das kann ich verstehen!)

Diese Maßnahmen kommen, glaube ich, von dem Herrn, von dem Sie eben gesprochen haben.

Verantwortung ist ein wichtiges Stichwort, wenn es um die Nutztierhaltung geht. Das Staatsziel Tierschutz verpflichtet uns, mit unseren Mitgeschöpfen verantwortungsvoll umzugehen. Ich finde, gerade unsere Landwirte in Deutschland tun das in besonderem Maße.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das liegt sicherlich auch daran, dass Tierschutz das ureigene Interesse der Landwirte in unserem Land ist. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher wollen von uns wissen, wie ihre Lebensmittel hergestellt wurden und unter welchen Bedingungen die Tiere gehalten wurden. Es ist unsere Aufgabe, für eine umfassende und sachliche Information der Gesellschaft über die moderne Nutztierhaltung zu sorgen. Viele Menschen in diesem Land haben, glaube ich, noch ein sehr romantisches Bild von der Landwirtschaft. Sie denken oft an die Bauernhofidylle, die uns in Büchern geschildert wird. Tatsächlich ist die Landwirtschaft heute aber durch den technologischen Fortschritt geprägt, bei dem Innovationen eine große Rolle spielen.

Ich glaube, nur mit Transparenz und einer sachlichen Diskussion können wir mehr Akzeptanz und Verständnis für die unternehmerische und effiziente Nutztierhaltung gewinnen. Herr Kollege Kindler, ich spreche Sie in diesem Zusammenhang noch einmal direkt an: Ich glaube, Kampagnen, mit denen man den Leuten Angst vor Lebensmitteln macht, sind nicht hilfreich. Das ist der falsche Weg. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Vogel-Strauß-Methode: einfach ignorieren, dass es Skandale gibt! Herzlichen Glückwunsch! Sie machen eben die Augen zu! Vogel-Strauß-Methode: nichts sehen, nichts hören, nichts machen!)

Wir haben sichere Lebensmittel. Wir haben gute Lebensmittel. Die Leute können diese Lebensmittel mit Genuss verzehren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei Ihnen ist das ein politisches Programm; das verstehe ich. Sie suchen Themen, und das ist ein prima Thema.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich habe nur noch ein paar Sekunden Redezeit. Daher will ich die Schulverpflegung, die hier Thema war, nur kurz ansprechen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Das wird in zwei Sekunden aber schwierig.

Thomas Mahlberg (CDU/CSU): (D)

Zwei Sekunden? – Ich will nur Folgendes sagen: Das Ministerium hat sich klar dazu bekannt, das Programm IN FORM weiterzuführen. Ich finde, das ist ein sehr wichtiges Programm. Es ist wichtig für die Vernetzungsarbeit, die in den Ländern geleistet wird, damit Kitaverpflegung und Schulverpflegung gut organisiert werden. Das ist keine Einbahnstraße. Hier sind auch die Länder gefragt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Bund leistet hierzu seinen Teil. Er hat Mittel bereitgestellt. Natürlich reden wir auch über die Anschlussfinanzierung nach 2017. Ich finde, in diesem Bereich ist der Bund beispielgebend, indem er diese Mittel für die Vernetzungsarbeit bereitgestellt hat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU):  
Das Wort erhält nun der Kollege Rainer Spiering für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Rainer Spiering (SPD):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor allen Dingen liebe Schülerinnen und Schüler! Toll, dass Sie zu dieser Zeit hier noch auf-

Rainer Spiering

- (A) passen und mit dabei sind. Das finde ich ganz toll für dieses Hohe Haus.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sehr geehrter Herr Minister Schmidt, Sie haben in Ihrer Rede eben davon gesprochen, Forschung bzw. gezielte Forschung hat einen Platz im Haushalt 2014/2015. In der Tat wird im landwirtschaftlichen Bereich eine halbe Milliarde Euro für Forschung freigesetzt. Ich möchte ein Thema ansprechen, mit dem ich mich, seitdem ich hier im Bundestag bin, beschäftige. Jetzt habe ich auch immer eine schöne, kleine Fibel über Bioökonomie dabei. Das ist ein Thema, welches mich sehr fasziniert. Ich möchte meine Rede als Appell verstanden wissen, Forschung gemeinsam über viele Häuser hinweg zu betreiben.

Deutschland macht sich auf den Weg. Mit der Nationalen Forschungsstrategie BioÖkonomie wollen wir optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen für eine biobasierte Wirtschaft schaffen. Wir wollen eine Wirtschaft, die sektorübergreifend mit möglichst wenig fossilen Brennstoffen auskommt und naturbelassene Stoffe nutzt, dabei aber gleichzeitig neue, nachhaltig erzeugte Produkte und Dienstleistungen hervorruft und unsere weltweite Spitzenposition bei Innovation und Technologie sicherstellt. Dabei sollen ökonomisches Wachstum und ökologische Verträglichkeit Hand in Hand gehen.

- (B) (Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Für die Nationale Forschungsstrategie BioÖkonomie stehen bisher in den Haushalten des Bildungs- und Forschungsministeriums sowie des Landwirtschaftsministeriums respektable Summen zur Verfügung. Doch wir reden hier von einer nationalen Wirtschaftsstrategie, liebe Kolleginnen und Kollegen. So wurde aus meiner Sicht bei der Halbzeitkonferenz Bioökonomie in Berlin vor wenigen Wochen zu Recht festgestellt, dass dies eigentlich das ganze Kabinett angeht. Ich freue mich, dass sich besonders Bundesforschungsministerin Wanka und Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt diesem Thema persönlich gewidmet haben. Wer bei der Ausstellung und bei der Konferenz war, hat gesehen, welches unglaubliche Spektrum sich dort in Bezug auf naturbelassene Rohstoffe gezeigt hat und auch welche unglaubliche Produktionskette sich einstellen kann. Die Dimension ist für uns in vielen Bereichen überhaupt noch nicht absehbar.

Hierbei geht es nicht um den nachhaltig produzierten Dübel, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern um eine Veränderung der Ressourcenentwicklung und Materialströme. Wir wollen den Quantensprung einer deutlichen Verminderung des Einsatzes von Kohlenwasserstoffprodukten wie Öl und Gas hin zu nachhaltigen Materialien erreichen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr gut!)

- Danke! – Ich rede deshalb von Quantensprung, da wir beim Einsatz von nachhaltigen Ressourcen die gleiche Effizienz, den gleichen oder sogar einen besseren Wirkungsgrad als beim Einsatz fossiler Brennstoffe erreichen wollen. Sie alle wissen, glaube ich, dass wir, wenn wir über fossile Brennstoffe reden, mit maximalen Wirkungsgraden zwischen 40 und 45 Prozent – teilweise sind es 50 Prozent – rechnen. Wir haben aber immer mit 50 Prozent Verlusten zu rechnen. Das muss man, finde ich, wenn man nachhaltige Wirtschaft betreibt, immer deutlich sehen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wo liegen die Einsatzgebiete? Sie liegen zum Beispiel in der Lebensmittelindustrie. Diese bildet in Deutschland den viertgrößten Wirtschaftszweig und besteht vorwiegend aus kleinen und mittelständischen Unternehmen. Wie Sie alle wissen, sind mittelständische und kleine Betriebe Basis und Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Insbesondere in den westlichen Industriestaaten zeichnet sich ein starker Trend hin zu biobasierter und nachhaltig produzierten Lebensmitteln ab. Dieser Entwicklung liegt eine extrem leistungsfähige Industrie zugrunde.

Die weltweit wichtigste Wertschöpfungskette reicht von der Energie- und Rohstoffgewinnung über die Verarbeitung bis hin zu den physiologischen und sozialen Konsequenzen unseres Konsumverhaltens. Allein in den USA werden innerhalb dieser Wertschöpfungskette jährlich mehr als 4 Milliarden Wattstunden eingesetzt. Man kann das auch umformulieren und von 4 mal  $10^6$  Gigawattstunden sprechen. Das ist die Einheit, mit der wir üblicherweise rechnen. Es handelt sich also um eine unglaubliche Energiemenge. Ich kann das auch anders formulieren: 15 Prozent des weltweiten Energievolumens werden in der Agrarwirtschaft verbucht. Das scheint eine sehr stichhaltige und konstante Zahl zu sein. Ich glaube, daran werden wir etwas ändern müssen. Wir werden effizienter werden müssen, und wir werden andere Mittel und Wege finden müssen, um diesen Energieverbrauch zu reduzieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Für die Kultivierung von Getreide, für die Viehzucht und für die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse werden Energie, Wasser und Nutzflächen benötigt. Eine Zahl: Für die Produktion eines Kilogramms Rindfleisch wird etwa das Zehnfache der Energie eingesetzt, die für die Produktion der gleichen Menge Brotweizen erforderlich ist. Daraus ergibt sich für uns, glaube ich, eine Konsequenz. – Da die Redezeituhr abläuft, werde ich es jetzt kurz machen.

Damit sich die Bioökonomie durchsetzen kann, muss die Performance stimmen. Es geht also um die Energiefrage im Ganzen, um die energetische Nutzung von Biomasse und damit auch um das diese Woche so heiß diskutierte EEG. Alles hängt mit allem zusammen.

Deswegen glaube ich: Die Bioökonomie braucht starke Partner. Biobasierte Wirtschaft ist eine Querschnittsaufgabe. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir

Rainer Spiering

- (A) als Haus die Bereiche Wirtschaft und Umwelt mit einbeziehen würden und in der Kombination von vier starken Häusern genügend Energie freisetzen, um sich mit der Frage der Bioökonomie auseinanderzusetzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir Mut zur Zukunft, Mut zur Forschung und Mut zur Bioökonomie! Mit der Unterstützung der vier genannten Häuser und mit dem Einsatz, den Sie, Herr Schmidt, jetzt schon zeigen, bin ich mir sicher, wir können das leisten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Marlene Mortler erhält nun das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Marlene Mortler (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über den zehntgrößten Haushalt innerhalb der Ressorts der Bundesregierung. Ich meine, 5,3 Milliarden Euro sind ein stolzer Betrag, ein Betrag, der gut angelegt ist. Er ist für mich aber noch mehr. Das sage ich nicht nur, weil ich vom Bauernhof komme, nicht nur, weil ich seit vielen Jahren in diesem Hause Agrarpolitik mache, sondern auch, weil für mich das Landwirtschaftsressort eines der absoluten Schlüsselressorts bei der Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ist.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Was erwartet uns in Zukunft? Ich freue mich, dass sich heute einige Kollegen mehr mit der Zukunft als mit der Vergangenheit beschäftigt haben. Uns erwartet eine wachsende Weltbevölkerung. 10 Milliarden Menschen, das ist die Zahl, die wir auf uns zukommen sehen. Uns erwartet eine noch viel schneller auf uns zukommende Nachfrage nach Lebensmitteln. Essgewohnheiten ändern sich. Immer mehr Menschen auf der Welt verfügen trotz aller Rückschritte und Wirren auf diesem Planeten über ein Mindestmaß an Wohlstand. Wir alle wollen, dass sich dieser Trend fortsetzt, auch auf dem Teller. Aber das sind nur zwei der entscheidenden Trends. Der dritte heißt Klimawandel. Ich habe noch kein vernünftiges Klimaschutzszenario gesehen, das ohne einen substanziellen Beitrag der Landwirtschaft auskommt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Wir brauchen die Biomasse schon heute als erneuerbaren Energieträger. Wir werden sie in Zukunft noch mehr brauchen – Klammer auf, Klammer zu –, trotz EEG. Ohnehin werden wir die Endlichkeit fossiler Ressourcen mehr und mehr zu spüren bekommen. Wir werden immer mehr auf die Güter der Natur angewiesen sein, ob als Baustoff, ob als Grundstoff in der chemischen Industrie oder als Blaupause unserer technischen Entwicklungen.

Die Landwirtschaft kann hier eine Schlüsselfunktion übernehmen, wenn man sie lässt. Der Bedarf steigt kontinuierlich, doch die Rahmenbedingungen werden nicht einfacher. Wir müssen davon ausgehen, dass für die landwirtschaftliche Produktion weltweit künftig nicht mehr, sondern weniger Flächen zur Verfügung stehen als heute. Natürlich will niemand, dass für die Äcker die letzten Regenwälder weichen und Steppenlandschaften gerodet werden. Deshalb lassen Sie mich an dieser Stelle zwei Dinge sagen.

Erstens. Ob Mensch und Natur in Frieden miteinander leben, ob Nachhaltigkeit funktioniert oder nur ein Modewort bleibt, ob Klimaschutz einmal wirklich zur Realität wird, das alles wird sich ganz wesentlich in ländlichen Räumen entscheiden, im Stall und auf dem Acker.

(Beifall bei der CDU/CSU – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was macht die Bundesregierung dazu? Die Bundesregierung macht nichts dazu!)

Zweitens. Nachhaltigkeit wird es nicht ohne Fortschritt und Effizienz geben. Das kann vor dem Hintergrund der globalen Lage nicht funktionieren. Fruchtbare Ackerflächen sind eine der knappsten Ressourcen, die wir haben.

Deutschland hat das Glück, ein Gunststandort zu sein, gesegnet mit gutem Klima und guten Böden.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Und Wasser!)

– Und Wasser, Kollege Bleser. – Deshalb bitte ich alle, denen wirklich daran gelegen ist, die globalen Herausforderungen im Hinblick auf Ernährungssicherheit, Klimaschutz und auch Waldschutz zu bewältigen: Verharren Sie in der Agrarpolitik nicht in Naivität und rückwärtsgerwandter Romantik!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben eine Verantwortung, der wir uns stellen müssen. Das sind wir auch unseren Kindern schuldig.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, aber Sie machen doch gar nichts!)

Es geht um die Entwicklung neuer Produkte. Es geht um sinnvolles, umweltverträgliches Düngen. Es geht um fortschrittliche Bearbeitungsmethoden.

Jüngst konnte ich die Feldtage in Sachsen-Anhalt besuchen. Wer diese Feldtage erlebt hat – ich wünsche mir, dass ganz viele junge Menschen sie besuchen, weil sie dort einen ganz anderen Einblick in die Zusammenhänge bekommen und viel über die Zukunft lernen –, der setzt in Zukunft darauf, dass Deutschland ein weltweit führender Technologiestandort sein, bleiben bzw. werden muss. Dann, meine Damen und Herren, werden wir einen substanziellen Beitrag zur Lösung der weltweiten Ernährungsprobleme leisten und den Klimaschutz weiter voranbringen.

An genau dieser Stelle liegen die Ansichten in diesem Haus aber weit auseinander. Genau hier erkennen wir, wer sich wirklich für eine globale Bewältigung der Zu-

Marlene Mortler

- (A) kunftsherausforderungen einsetzt. Lieber Minister Christian Schmidt, ein herzliches Dankeschön, dass Sie in der Lage sind, über den sprichwörtlichen Tellerrand blicken!

Das, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, zeigt auch der vorliegende Haushalt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde es richtig, dass 70 Prozent des Agrarhaushaltes in die Agrarsozialpolitik fließen, weil es diese 70 Prozent sind, denen wir die starke und stabile Bauernschaft im Land verdanken; ich bin Berichterstatterin für dieses Feld und weiß genau um die Bedeutung jeder dieser Maßnahmen. Wir können diese 70 Prozent aber nur verantworten, weil wir weit über eine halbe Milliarde Euro für Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation bereitstellen – ich wiederhole das gerne –, und das allein im Agrarhaushalt. Wie Sie wissen, werden auch über den Forschungsetat Maßnahmen finanziert, die für die Zukunftsfähigkeit unserer Landwirtschaft von großer Bedeutung sind.

Meine Damen, meine Herren, ich bitte Sie um Unterstützung einer Agrarpolitik, die erkennt, welche Schlüsselrolle die Landwirtschaft in diesem Jahrhundert hat, die bereit ist, diese Verantwortung wahrzunehmen, und für die eben deshalb Fortschritt, Effizienz und Ertragssteigerung keine Schimpfworte sind und keine Feindbilder darstellen. Genau darum geht es. Aus diesem Grund bitte ich um Ihre Zustimmung zum Agrarhaushalt des Jahres 2014.

- (B) Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Ihre Rede passt nicht zum Haushalt! Das ist das Problem!)

Bevor ich das Rednerpult verlasse, möchte ich noch einen herzlichen Glückwunsch sagen – ich hoffe, man hat es mir gerade richtig zugeflüstert; ich habe auch noch etwas Redezeit, Herr Präsident –, und zwar dem Kollegen Johann Saathoff zum heutigen Namenstag. Ist er noch da?

(Heiterkeit und Beifall – Zurufe von der SPD: Na klar! – Er redet gleich sogar noch!)

– Genau, als letzter Redner der Debatte.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der Kollege Saathoff erhält nun zum Abschluss und als Höhepunkt der heutigen Haushaltsdebatte das Wort. – Bitte schön.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Franz Josef Jung [CDU/CSU]: Es ist im wahrsten Sinne des Wortes Johannsnacht!)

Johann Saathoff (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Schmidt! Frau

- Mortler, Sie haben für eine Premiere in meinem Leben gesorgt. Es ist allererste Mal in meinem Leben, dass mir jemand zum Namenstag gratuliert. Ganz herzlichen Dank dafür! (C)

(Beifall)

Ich gebe offen und frei zu: Ich habe gar nicht gewusst, dass er heute ist.

(Heiterkeit – Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Da geben wir dir gerne Nachhilfeunterricht!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das macht Frau Mortler ab jetzt jedes Jahr; dann werden Sie sich daran gewöhnen.

Johann Saathoff (SPD):

Danke, Herr Präsident.

Es gibt in der Landwirtschaftspolitik viel zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen. An erster Stelle steht als zentrale Zukunftsaufgabe aus meiner Sicht ganz klar die Entwicklung der ländlichen Räume.

Die SPD-Bundestagsfraktion beschäftigt sich schon seit einigen Jahren intensiv mit der Entwicklung der ländlichen Räume. Unter der Federführung meines Kollegen Willi Brase

(Beifall bei der SPD)

- haben wir Sozialdemokraten vor kurzem hier im Deutschen Bundestag eine Konferenz zu diesem Thema durchgeführt. (D)

Wir sind uns alle einig, dass die Wichtigkeit der ländlichen Entwicklung deutlich stärker als bisher betont werden muss. Aus meiner Sicht ist es bei der Entwicklung der ländlichen Räume auch notwendig, das parlamentarische Bewusstsein für diese Problematik zu stärken. Die Mehrheit der Parlamentarier lebt nämlich im Gegensatz zur Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht im ländlichen Raum und erlebt somit dessen Entwicklung und dessen Probleme nicht am eigenen Leibe.

(Beifall bei der SPD)

Schulen, Arztpraxen, Dorfläden sterben. Die ländlichen Regionen verlieren zunehmend Einwohner, die sie eigentlich tragen sollen. Ich war vor meiner Wahl in den Deutschen Bundestag über zehn Jahre hauptamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Krummhörn. Das ist ländlicher Raum, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie er im Buche steht. Von den 19 Ortschaften der Gemeinde sind mittlerweile 11 ohne jegliches Gewerbe. Jedes Jahr verloren wir deutlich Einwohner, und die Geburtenzahlen haben sich in diesen zehn Jahren fast halbiert. Die immensen Investitionen in die Dorferneuerung schienen ohne Dorfbewohner ihren Sinn zu verlieren. Es war deutlich zu erkennen, dass die Menschen ihrem Arbeitsplatz hinterherziehen – eine Folge der drastisch gestiegenen Mobilitätskosten. Außerdem suchen sie die Nähe zu Geschäften, Schulen, Kindertagesstätten und Freizeiteinrichtungen.

Johann Saathoff

- (A) Aus dieser Erfahrung heraus halte ich es für unabdingbar, dass es uns mit einem Maßnahmenplan zur Reattraktivierung des ländlichen Raums gelingt, dort auch wieder Wertschöpfung stattfinden zu lassen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Wir müssen uns verabschieden von der reinen Produktion landwirtschaftlicher Produkte; stattdessen muss zur Produktion die Veredelung der Produkte kommen. Hierbei geht es vor allem um regionale Produkte, die wieder zu identifizieren, herzustellen und zu vermarkten sind. Regionalität als Marke ist – insbesondere im Tourismus – noch nicht ausreichend erkannt. Vor allem ist Regionalität nicht beliebig kopierbar.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wenn über regionale Wertschöpfung wieder Arbeitsplätze im ländlichen Raum entstehen, wird das dazu führen, dass wieder vermehrt Menschen auf dem Land wohnen wollen.

Als zweites Element werden wir die Dorferneuerung als reines Programm für den Tiefbau umwandeln müssen in eine Art soziale Dorferneuerung,

(Beifall bei der SPD)

die zum Ziel hat, Initiativen und Projekte des sozialen Miteinanders und des sozialen Zusammenhaltes zu fördern. Ich denke da nicht nur an Dorfgemeinschaftshäuser, sondern auch an Dorfplätzen und soziale Hilfeeinrichtungen wie Dorf- oder Gemeindegemeinschaften. Den Menschen, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss geholfen werden, wenn sie erkennen, dass die Lebensbedingungen im ländlichen Raum durch Solidarisierung gehalten und verbessert werden können.

- (B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Um das zu schaffen, möchte die Koalition die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ perspektivisch zu einer Gemeinschaftsaufgabe „Ländliche Entwicklung“ weiterentwickeln. Für meine Heimat Ostfriesland ist das – wie für viele andere Regionen in Deutschland auch – ein wichtiges Thema. Zum einen halte ich es nicht nur, aber auch als Deichrichter der Deichacht Krummhörn für unbedingt erforderlich, dass die Mittel für den Küstenschutz trotz der Erweiterung um den Hochwasserschutz für Flüsse und trotz der Erweiterung um die Entwicklung ländlicher Räume in unverminderter Höhe erhalten bleiben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Küstenschutz, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat nicht ohne Grund Verfassungsrang. Ich kann mir vorstellen, dass sich der ein oder andere alpin sozialisierte Abgeordnete

(Heiterkeit bei der SPD)

manchmal fragt, ob die Mittel für den Küstenschutz in dieser Höhe und in dieser Kontinuität erforderlich sind.

(Rainer Spiering [SPD]: Sind sie!)

(C)

„Beter düür, as neet to kopen“ ist hier die ostfriesische Devise.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Ach?)

Denn die Vernachlässigung des Küstenschutzes – das lehrt uns die Geschichte und das zeigen uns Beispiele aus anderen Ländern – ist nicht billiger, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Vernachlässigung ist unbezahlbar.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU])

Ende vergangenen Jahres fegte Orkan „Xaver“ über die Nordsee. Die Flutlinie war genauso hoch wie 1962. Den stetigen Küstenschutzmaßnahmen ist es zu verdanken, dass ein solcher Orkan heute keine Katastrophe mehr zur Folge hat.

Künftig werden wir auch den präventiven Hochwasserschutz mit einem Sonderrahmenplan absichern; dieser soll bereits im Haushalt 2015 berücksichtigt werden. Die zuständige Bund-Länder-Arbeitsgruppe wird im Herbst tagen; dann können Entscheidungen zu Maßnahmen und Mitteln getroffen werden.

Hier sollen in den nächsten Jahrzehnten Flussauen renaturiert, Polder angelegt und weitere Schritte zur Erreichung der Ziele der EG-Wasserrahmenrichtlinie getan werden, die auch Prävention beim Hochwasserschutz bedeuten. Eines ist auch hier klar: Vorsorgemaßnahmen kommen uns volkswirtschaftlich wesentlich günstiger als Hochwasserschäden ohne präventive Maßnahmen.

(D)

Im Herbst werden wir dann weitere Schritte zur Umsetzung der GAP in Deutschland gehen. Außerdem werden wir uns mit der Hofabgabeklausel beschäftigen, wie wir heute schon mehrfach gehört haben. Wir müssen dabei die agrarstrukturelle Wirkung der Verpflichtung zur Hofabgabe genau betrachten. Dabei stellt sich die grundsätzliche Frage, ob die Verpflichtung zur Hofabgabe zur Erlangung der verdienten Rente heute noch zeitgemäß ist.

Sie sehen also: Die Koalition hat noch einiges vor.

Das gilt auch für den Bereich der Eiweißpflanzen. Wir bekommen mit der Eiweißpflanzenstrategie 3 Millionen Euro zusätzlich für den ökologischen Landbau. Das ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung und darf an dieser Stelle ruhig einmal erwähnt werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sojabohnen, Lupinen und Erbsen bereichern die Fruchtfolge, fördern die Bodenfruchtbarkeit und tragen insgesamt zur biologischen Vielfalt bei. Aus SPD-Sicht möchte ich auch noch ergänzen, dass es sich dabei nicht um gentechnisch veränderte Pflanzen handelt, sondern im Gegenteil: Das ist ein erster Schritt zu mehr Unabhängigkeit von Futtermittelimporten und gentechnisch veränderten Pflanzen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Artur Auernhammer [CDU/CSU])

Johann Saathoff

- (A) Wir werden die Forschung in den Bereichen Bodenstruktur, Pflanzengesundheit und Nährstoffversorgung sowie andere landwirtschaftliche Fachfragen weiter voranbringen. Damit unterstützen wir eine Strategie, die mit der Entkopplung der Direktzahlungen begonnen hat und langfristig den Erhalt öffentlicher Gelder vollständig an die Erbringung öffentlicher Leistungen koppelt.

(Beifall bei der SPD)

Im Rahmen des Direktzahlungs-Durchführungsgesetzes haben wir ja gerade eine Mittelumschichtung in die zweite Säule, die Ausweisung ökologischer Vorrangflächen, den Erhalt von Dauergrünland und die Besserstellung kleinerer Betriebe beschlossen. Jetzt wollen wir mit der Eiweißpflanzenstrategie einen weiteren wichtigen Schritt machen.

Wie ich schon sagte: Es gibt viel zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen. Packen wir es an!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:  
Ich schließe die Aussprache.

- (C) Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 10, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Mit der Mehrheit der Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition ist der Einzelplan 10 damit angenommen.

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Mittwoch, den 25. Juni 2014, 9 Uhr, ein.

Wenn Sie mögen, können Sie gleich hier bleiben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU  
und der SPD)

Wenn Sie nicht mögen, wünsche ich Ihnen noch einen angenehmen Ausklang des Abends. Das gilt insbesondere auch für unsere Gäste auf den Besuchertribünen, denen ich für ihr Interesse danke.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 22.22 Uhr)